

3. Fallbeispiel I: Die FPÖ unter Jörg Haider in Österreich

3.1 Vorgeschichte der Alpenunruhen

Das Bild von aus dem Boden schießenden Pilzen findet sich regelmäßig in den Beschreibungen des schnellkräftigen Aufkommens und Erstarkens von Bewegungen und Parteien mit populistischem Charakter. Es kann auch auf das österreichische Beispiel angewandt werden. Unter der Führung Jörg Haiders schnellten die Wahlerfolge der FPÖ eruptionsartig in die Höhe. Doch im Gegensatz zu vielen anderen Phänomenen dieser Art hat die österreichische Trägerpartei des populistischen Impulses eine lange Vorgeschichte. Weder die ebenfalls in dieser Arbeit ausführlich besprochene LPF noch die „Dänische Volkspartei“, die „Lega Nord“, der „Vlaams Blok“ bzw. „Vlaams Belang“ oder auch der „Front National“ verfügen über eine so klar nachzuvollziehende organisatorische Kontinuität wie die „Wahlpartei der Unabhängigen“ (WdU) bzw. „Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ). Anders als manche der Form halber mit dem Anstrich einer Partei versehene „Wahlkampfmaschine“ unter dem Kommando des charismatischen Führers handelt es sich bei Jörg Haiders Vehikel zur Macht um eine Traditionspartei in der nationalen Parteienlandschaft.

Für das Verständnis des Werdegang der FPÖ hinter ihrem Zugpferd Jörg Haider erscheint es unerlässlich, die Gegebenheiten und Besonderheiten der politischen Strukturen Österreichs in der gebotenen Knappheit darzustellen.

Genese und Grundzüge des politischen Systems

Die Demokratie kam nach Österreich als Resultat des Sieges fremder oder als fremd empfundener Armeen. Die Demokratie kam von außen – und nicht von innen als Ergebnis einer erfolgreichen Revolution.¹³⁷

¹³⁷ Anton Pelinka u. Sieglinde Rosenberger: *Österreichische Politik*, Wien 2007, S. 22.

Österreich kann im Vergleich mit seinen europäischen Nachbarn, vor allem auch mit dem anderen Fallbeispiel Niederlande, als Spätentwickler in den Bereichen Demokratisierung, Verfassungsstaatlichkeit und Parlamentarismus gesehen werden. Nachdem sich die spät-absolutistisch regierenden Habsburger 1849 noch gegen das von der verfassungsgebenden Versammlung verabschiedete, ihre Macht begrenzende Dokument verwehren konnten, führten erst die Niederlagen gegen Piemont und Frankreich 1859 bzw. Preußen und Italien 1866 zur entscheidenden Schwächung des Regimes, welches sich zu Konzessionen gezwungen sah.

Die 1867 eingeräumten Autonomierechte für Ungarn, die Slowakei, Kroatien, Rumänien und des Burgenland stehen am Beginn einer Verfassung, die als österreichischer „Pseudo-Parlamentarismus“ bezeichnet wurde¹³⁸ und bis 1918 Bestand hatte. Der Reichsrat, ein Zweikammerparlament, stand der vom Kaiser ernannten Regierung mit einem Ministerpräsidenten an ihrer Spitze gegenüber. Die erste Adelskammer und die zweite, nach ungleichem¹³⁹ Männerwahlrecht gewählte, Abgeordnetenversammlung hatten allerdings wenig Einfluss auf das Regierungshandeln. Nicht nur ging die Regierung nicht aus dem Parlament hervor, sondern letzteres besaß auch kein Abberufungsrecht, während erstere mittels reichlich erlassener Notverordnungen an der Legislative vorbei regieren konnte. Insofern rechtfertigt das absolute Primat der kaiserhörigen Regierung über die anderen Verfassungsorgane die Abrede einer echten Verfassungsstaatlichkeit. Auch die demokratische Komponente erfuhr erst nach vierzig Jahren mit der Einführung eines allgemeinen und gleichen Männerwahlrechts im Verfahren einer absoluten Mehrheitswahl eine Aufwertung.

Drei Lager

Obwohl in der Phase der konstitutionellen Monarchie dem Parlament nur geringe Machtbefugnisse zuwuchsen, entwickelte sich nach der so genannten „liberalen Ära“ in den letzten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts ein modernes Parteiensystem, das sich aus fest gefügten, weltanschaulich geprägten Lagern rekrutierte, welche die zukünftigen politischen Leitlinien bestimmen sollten. Die vormodernen liberalen Klubs, in denen

¹³⁸ Ebd.; S. 23.

¹³⁹ Besitz und Einkommen bestimmten die Steuerleistung der Männer, welche in so genannte „Kurien“ eingeteilt wurden, von denen die wohlhabenden über höhere Stimmgewichte verfügten. Näheres zu den Kurien bei Rainer Nick und Anton Pelinka: *Politische Landeskunde der Republik Österreich*, Berlin 1989, S. 10.

sich der freien Wirtschaft und dem Ausbau der Verfassungsstaatlichkeit verpflichtete Politiker in der Frühphase der konstitutionellen Monarchie lose verbanden, wurden von Parteien abgelöst. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei vertrat seit 1889 das sozialistische Lager und verfolgte einen marxistisch geprägten Wirtschafts- und Gesellschaftsentwurf, welcher mit der Hilfe starker Gewerkschaften und über parlamentarische Wege erreicht werden sollte. Auf dem Fundament der katholischen Soziallehre entstand ein Zusammenschluss städtisch-kleinbürgerlicher und ländlich-bäuerlicher Konservativer zum katholisch-konservativen Lager, welches durch die christlichsoziale Partei vertreten wurde. Neben den wesentlichen Konfliktlinien Bourgeoisie vs. Proletariat und Säkularismus vs. Katholizismus war im Vielvölkerstaat der Habsburger auch die Konfliktlinie zwischen den Nationalitäten prekär. Das deutschnationale Lager bildete demnach die dritte wesentliche Komponente dieser beständigen *Melange à trois*.

Die wirkmächtigste Beschreibung dieser Parteienlandschaft geht auf Adam Wandruszka zurück. Er schuf mit seiner Dreiteilung ein Paradigma der österreichischen Parteienforschung.¹⁴⁰ Diese Dreiteilung in ein christlichsozial-konservatives, ein sozialistisches und ein nationales Lager prägte sowohl die österreichische Politik ein Jahrhundert lang als auch die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Parteienspektrum jahrzehntelang maßgeblich. So konstatierte beispielsweise Anton Pelinka 1978 für Österreich ein aus der personellen und programmatischen Kontinuität resultierendes „hinkendes“ Dreiparteiensystem mit einer konstanten relativen Stärke der drei beteiligten Spieler.¹⁴¹

Republik wider Willen

Das Ende der Monarchie in der Folge der Niederlage im Ersten Weltkrieg machte Österreich schließlich zu einer Republik wider Willen. Denn die deutschsprachigen Abgeordneten aller drei Lager hatten nach der Abdankung des Kaisers zwar die Republik „Deutschösterreich“ ausgerufen und im gleichen Zug den Anschluss an Deutschland erklärt, wurden jedoch von den Siegermächten im Vertrag von St. Germain 1919 auf die

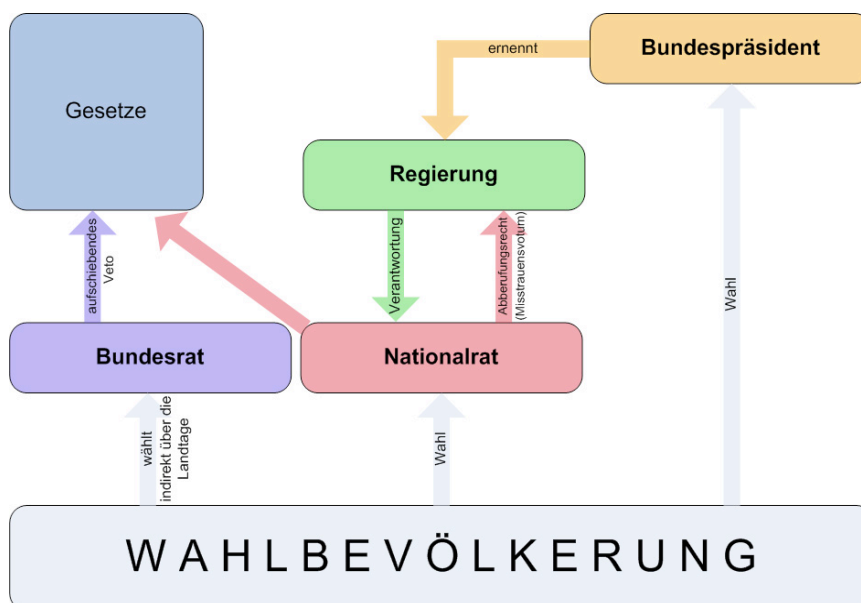
¹⁴⁰ Adam Wandruszka: *Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen*, in: Heinrich Benedikt (Hrsg.): *Geschichte der Republik Österreich*, Wien 1954, Nachdruck: München 1977, S. 289-485; S. 291. Ebenso findet sich die Dreigliederung bei Klaus Berchtolds Vorstellung der Parteiprogramme österreichischer Parteien seit dem 19. Jahrhundert in: Ders. (Hrsg.): *Österreichische Parteiprogramme 1868-1966*, München 1967.

¹⁴¹ Anton Pelinka: *Österreich*, in: Joachim Raschke (Hrsg.): *Die politischen Parteien in Westeuropa*, S. 412-432, S. 412.

Eigenstaatlichkeit Österreichs verpflichtet. Das Verbot des Anschlusses führte zum Rückzug der Deutschnationalen aus der provisorischen Allparteienregierung, wo fortan die Sozialdemokratische Arbeiterpartei und die Christlichsozialen einen stark konsensorientierten Kurs verfolgten. So stellte das 1920 verabschiedete Bundesverfassungsgesetz einen Kompromiss zwischen den Forderungen der beiden Lager dar. Der Wunsch nach starken Autonomierechten der Bundesländer und einem echten Zweikammerparlamentarismus mit einem starken Staatsoberhaupt an der Spitze auf christlichsozialer Seite konfigurierte mit den Wünschen nach Einheitsstaatlichkeit und Verzicht auf ein starkes Staatsoberhaupt bei den Sozialdemokraten. Demzufolge wurde Österreich zwar ein Bundesstaat, doch blieben die Länderkompetenzen ebenso schwach entwickelt wie die Befugnisse des Bundesrates und des Bundespräsidenten. Letzterer erfuhr in der Novelle von 1929 insofern eine Aufwertung, als dass er nunmehr vom Volk direkt gewählt wurde und das Recht erhielt, die Regierung zu ernennen und zu entlassen, wobei sie weiterhin dem Nationalrat, der wesentlichen Kammer des Parlamentes, verantwortlich blieb.

So bildet die Verfassung von 1920 mit der Novelle von 1929 auf der Grundlage des 1919 eingeführten und auf Frauen ausgeweiteten allgemeinen, freien und gleichen Verhältniswahlrechts die heute wieder gültige Grundstruktur des österreichischen politischen Systems. Es lässt sich als parlamentarische Demokratie mit präsidentiellen Elementen und als zentralistischer Bundesstaat mit einem unechten Zweikammersystem beschreiben.¹⁴²

Abbildung 2: Schema des politischen Systems Österreichs



¹⁴² Diese Zusammenfassung geht zurück auf Pelinka/Rosenberger 2007, S. 29.

Von der autokratischen zur totalitären Herrschaft

Das Ende der ersten Österreichischen Republik wurde eingeläutet durch ein zunehmendes Auseinanderdriften der oben beschriebenen Lager. Die mangelnde Integrationskraft des Staates wurde ersetzt durch Loyalität der Bevölkerungsteile zu den Lagern und ihren organisatorischen Exponenten. Neben den Parteien und Gewerkschaften handelte es sich bei diesen auch um Wehrverbände, die sich in den späten 1920er und 1930er Jahren aufzurüsten begannen. Zu der zuweilen bürgerkriegsähnlich anmutenden Bedrohung der Republik von innen trat mit dem Erstarren des Nationalsozialismus in Deutschland auch eine Bedrohung von außen. 1933 löste der christlichsoziale Bundeskanzler Engelbert Dollfuß den Nationalrat auf und begann mit Verordnungen zu regieren. 1934 wurde der Republikanische Schutzbund, welcher sich als Vertreter der Sozialdemokratie als Verteidiger der republikanischen Ordnung verstand, in einem Bürgerkrieg von Armee, Polizei und christlichsozialen Wehverbänden besiegt. In der Folge erklärte die Regierung Dollfuß die Vaterländische Front als Nachfolgerin der Christlichsozialen Partei zur Einheitspartei und installierte einen autoritären Ständestaat. Dieser verband Elemente des italienischen Faschismus' und das Konzept einer berufsständischen Ordnung der katholischen Soziallehre.¹⁴³ Die demonstrative Unterstützung des Dollfuß-Regimes durch Italien hinderte die deutschen Nationalsozialisten daran, den Putsch der österreichischen NSDAP, in dessen Verlauf Dollfuß erschossen wurde, durch offenes Eingreifen zu unterstützen.

So kam es erst mit vierjähriger Verzögerung und einer ebenso langen Phase des autoritären Regimes zum Anschluss Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland und damit zur Übernahme der totalitären Herrschaftsstruktur. Kurt Schuschnigg, der Nachfolger von Engelbert Dollfuß, trat zurück, und Österreich wurde der NS-Herrschaft unterstellt. Die mangelhafte Aufarbeitung dieses Teils der österreichischen Geschichte wirkt bis heute immer wieder in politischen Auseinandersetzungen des Landes nach.¹⁴⁴

¹⁴³ Vgl. ebd., S. 31.

¹⁴⁴ Die „Waldheim-Affäre“ ist nur einer der großen Anlässe für Aufregungen im Rahmen der österreichischen Vergangenheitsbewältigung gewesen. Eine Vielzahl von Publikationen befasst sich mit der (unzureichenden) Verarbeitung der historischen Bruchlinien in Österreich. So bspw. Heidemarie Uhl: *Zwischen Versöhnung und Verstörung. Eine Kontroverse um Österreichs historische Identität fünfzig Jahre nach dem „Anschluss“*, Wien 1992 oder Anton Pelinka, Hubert Sickinger u. Karin Stögner (Hrsg.): *Kreisky – Haider. Bruchlinien österreichischer Identitäten*, Wien 2008.

Die Zweite Republik

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, war es für die österreichische Politik vorrangig, Österreich als Besatzungsoffer und nicht als besiegten Staat eingeordnet zu sehen. Die Vertreter der Lager riefen als Repräsentanten von Parteien die zweite Republik aus. Ein Anschluss an Deutschland wurde von den Siegermächten zwar auch nach dem Zweiten Weltkrieg ausgeschlossen, doch hätte es aus dem oben genannten Grund, für dieses Verbot kaum eine Notwendigkeit gegeben. Die Republik erhielt zwar erst im Staatsvertrag des Jahres 1955 ihre volle Souveränität, doch konnten die österreichischen Regierungen und Parlamente de facto bereits seit dem zweiten Kontrollabkommen des Jahres 1946 weitgehend unabhängig die Geschicke des jungen Staates lenken. Dieses Abkommen legte fest, dass die zuvor erhobenen Kontrollansprüche des Alliierten Rates sich nicht mehr auf jedes Gesetz sondern lediglich noch auf Verfassungsgesetze erstrecken sollten. Wegen der notwendigen Einstimmigkeit der im Alliierten Rat vertretenen Besatzungsmächte und des aufkommenden Ost-West-Konfliktes kam aus diesem – blockierten – Gremium wenig Widerstand gegen das Vorhaben, auf der Grundlage der ersten Verfassung von 1920 bzw. ihrer Novelle aus dem Jahr 1929 die österreichische Republik zu erneuern.

Diese Erneuerung fand insofern unter veränderten Vorzeichen statt, als dass die Zweite Republik im Gegensatz zur Ersten nicht als Provisorium verstanden wurde. Hatte man damals in der Mehrheit der Bevölkerung und der politischen Eliten den Übergang von der Habsburger Monarchie in ein großdeutsches Reich erwartet, so gehörten diese Vorstellungen nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr zum gesellschaftlichen Mainstream. Anders als in der Ersten Republik hielt der Konsens zwischen den beiden großen Lagern der Sozialdemokratie und des katholischen Konservatismus. Gemeinsam errichteten diese beiden Hauptakteure nicht nur einen überbordend stark ausgeprägten Parteienstaat sondern flankierten diesen zudem mit einer Sozialpartnerschaft, welche die starke Konkordanzneigung des Systems Österreich zusätzlich unterstrich. Damit wurden innere Konfliktlinien im Konsensverfahren nachhaltig befriedet und sowohl die Machtverteilungskämpfe als auch das Ringen um Zugang zu den Schaltstellen des Systems mittels Beteiligungsgarantien entschärft. Die „immerwährende Neutralität“ Österreichs, die als Zugeständnis an die Sowjetunion im Alliierten Rat ihren Ausgangspunkt genommen hatte und nach Abzug der Besatzungstruppen am 26. Oktober 1955 im Bundesverfas-

sungsgesetz verkündet wurde,¹⁴⁵ entwickelte sich zu einem Identität stiftenden äußeren Merkmal der jungen Republik. Die baldmöglichst nach dem Staatsvertrag beantragte UN-Mitgliedschaft stellte ebenso wie die Aufnahme in den Europarat einen wichtigen Schritt in Richtung internationaler Anerkennung dar. Bereits mit der Annahme des ERP¹⁴⁶ in der unmittelbaren Nachkriegszeit hatte sich Österreich dabei nach Westen orientiert.

Dass die Österreicher sich in den Jahren des Bestehens der Zweiten Republik zunehmend als eigene Nation empfanden, ließ das vormals populäre Diktum vom „zweiten deutschen Staat“ weit in den Hintergrund rücken.¹⁴⁷ Die Entwicklung eines eigenen Nationalbewusstseins¹⁴⁸ und ein klares Bekenntnis der Lager zum neuen österreichischen Staat bedeuten die wesentlichen Neuerungen nach 1945, während sowohl die Verfassungsstruktur als auch das Parteiensystem enorme Kontinuitätslinien zeichneten. Die Mentalität der Lagerzugehörigkeit stellte, ähnlich wie im zweiten Fallbeispiel Niederlande die Bindungskraft der Säulen, in Verbindung mit der Kooperationswilligkeit der Spitzenfunktionäre eine wesentliche Grundlage für die Entwicklung konkordanzdemokratischer Züge dar. Diese halfen die jeweiligen Demokratien trotz fraktionierter Gesellschaften zu stabilisieren.

Das dritte Lager in der Zweiten Republik

Berücksichtigt man die 1949 erstmals bei den Nationalratswahlen angetretene WdU bzw. den „Verband der Unabhängigen“ (VdU) als Vorgängerorganisation der seit 1956 unter dem Namen „Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ) firmierenden politischen Kraft, ergibt sich eine bis in die unmittelbare Nachkriegszeit zurückreichende organisatorische Kontinuität. Ideologisch lassen sich die Kontinuitäten, wie aufgezeigt, noch weiter, bis ins 19. Jahrhundert, zurückverfolgen. Die Gründer und Wähler der Nachkriegszeit entstammen aus einem festen Lager, welches Anton Pelinka deutschnational nennt und fest verwurzelt in der österreichischen Variante der NSDAP sieht.¹⁴⁹ In der Gründungsphase

¹⁴⁵ Hierzu bspw. Nick/Pelinka 1989, S. 17f.

¹⁴⁶ European Recovery Program; bekannt auch als Marshall-Plan.

¹⁴⁷ Vgl. Pelinka/Rosenberger 2007, S. 61.

¹⁴⁸ Zur Zunahme des Nationalbewusstseins auch Nick/Pelinka 1989, S. 8f.

¹⁴⁹ Anton Pelinka: *Die FPÖ: Eine rechtspopulistische Regierungspartei zwischen Adaption und Opposition*, in: Susanne Frölich-Steffen u. Lars Rensmann (Hrsg.): *Populisten an der Macht*, Wien 2005, S.87-104, S. 95-98.

des VdU wurde dieser zwar noch als vierte Partei neben SPÖ, ÖVP und KPÖ wahrgenommen. Doch bald danach verfiel begründet durch die schwindende Bindungskraft der marginalisierten KPÖ¹⁵⁰ die Rede von der „Dritten Kraft.“ Damit entsprach die Parteienlandschaft wieder der von Adam Wandruszka so bezeichneten „natur- und gottgewollten Dreiteilung Österreichs.“¹⁵¹ Es lohnt sich, bis in diese Anfänge der FPÖ zurück zu blicken, um ihre besondere Stellung sowohl im nationalen Parteiensystem als auch im Vergleich mit anderen europäischen Trägerparteien populistischen Charakters herauszuschälen.

Der am 26. März 1949 gegründete „Verband der Unabhängigen“ (VdU) konnte wegen fehlender Zustimmung der Alliierten¹⁵² nicht als Partei angemeldet werden, weshalb man unter dem Namen „Wahlpartei der Unabhängigen“ (WdU) eine Bestimmung des Alliierten Rates vom 9. September 1949 ausnutzte, wonach Gruppen ohne Parteiorganisation gemäß dem österreichischen Wahlgesetz frei an den Wahlen teilnehmen durften.¹⁵³

Der sich als nationalliberale Opposition positionierende VdU stellte nach dem zweiten Weltkrieg ein Auffangbecken für Nationalsozialisten, Vertriebene und Kriegsheimkehrer dar. Diese bildeten einen starken nationalen Flügel innerhalb einer Kleinpartei, die kaum in der Lage war, einen Ausgleich zwischen Liberalismus und Nationalismus herzustellen. Begünstigt einerseits durch die SPÖ, die sich von einem nationalliberalen Lager eine Schwächung der ÖVP versprach, und andererseits durch die mangelnde Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, fand die WdU den Weg ins österreichische Parlament. Adam Wandruszka wertete die frühen, trotz mangelnder Ressourcenausstattung errungenen Erfolge des VdU bzw. der WdU als „Bestätigung für die Zähig-

¹⁵⁰ Die KPÖ erreichte bei der Nationalratswahl 1956 mit 4,4 Prozent der abgegebenen Stimmen letztmals Sitze (3) im Parlament und musste danach einen stetigen Stimmanteilsverlust hinnehmen. Letztmals errang sie 1979 mehr als 1 Prozent. Zahlen aus: Fritz Plasser und Peter A. Ulram (Hrsg.): *Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002*, Wien 2003, S. 194.

¹⁵¹ Adam Wandruszka: *Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen*, in: Heinrich Benedikt (Hrsg.): *Geschichte der Republik Österreich*, Wien 1954, Nachdruck: München 1977, S. 289-485, S. 291.

¹⁵² Die Alliierten hatten Einstimmigkeit bei der Zulassung von Parteien vereinbart. Laut Klaus Berchtold hegen vor allem die amerikanischen Besatzer Bedenken, dass im VdU ehemalige Nationalsozialisten isoliert und zu einer Fundamentalopposition geformt würden, während die russische Besatzungsmacht sich eine Schwächung von SPÖ und ÖVP erhoffte. Vgl.: Klaus Berchtold (Hrsg.): *Österreichische Parteiprogramme 1868-1966*, München 1967, S. 93.

¹⁵³ So bei Knut Lehmann-Horn: *Die Kärntner FPÖ 1955-1983. Vom Verband der Unabhängigen (VdU) bis zum Aufstieg von Jörg Haider zum Landesparteiobmann*, Klagenfurt 1992, S. 41.

keit der traditionellen [...] drei Lager.“¹⁵⁴ Als nach Anfangserfolgen die Zustimmung schwand, und nach den Wählern auch viele der Mitglieder zu den beiden großen Volksparteien SPÖ und ÖVP überwechselten, eskalierten die internen Auseinandersetzungen. Nach der zwischenzeitlichen Abspaltung einer „Freiheitlichen Sammlung Österreichs“ (FSÖ) 1953 und der Gründung einer „Freiheitspartei“ (FP) Anfang des Jahres 1955, gelang Ende 1955 die Einigung auf ein gemeinsames Kurzprogramm¹⁵⁵ unter dem neuen Label FPÖ. Der konstituierende Parteitag fand im April 1956 statt.¹⁵⁶ Knut Lehmann-Horn beschreibt den Übergang zur FPÖ in Kärnten zwar als „friktionslos“, konzidiert allerdings in den anderen Landesverbänden intensiver ausgefochtene Streitigkeiten.¹⁵⁷

Jahrelang blieb die Partei ein Splitter am nationalen Rand eines von lediglich zwei Parteien dominierten Spektrums. Kein österreichischer Nationalrat bestand in den fast drei Jahrzehnten zwischen 1959 und 1986 aus mehr als drei Fraktionen. Dabei besetzten die Abgeordneten der beiden großen Volksparteien zu jedem Zeitpunkt gemeinsam mehr als neun von zehn Parlamentssitzen. Von 1945 bis 1966 regierten ununterbrochen große Koalitionen unter ÖVP-Führung, bis Josef Klaus in seiner zweiten Legislaturperiode einer ÖVP-Alleinregierung vorstand. Die tabellarische Zusammenstellung veranschaulicht einerseits die Dominanz von SPÖ und ÖVP im Zweieinhalbparteiensystem bis 1990 und andererseits die Erosion ihrer Bindungskraft in den beiden zurückliegenden Jahrzehnten.

¹⁵⁴ Adam Wandruszka: *Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen*, in: Heinrich Benedikt (Hrsg.): *Geschichte der Republik Österreich*, Wien 1954, Nachdruck: München 1977, S. 289-485, S. 419.

¹⁵⁵ Das 15 Punkte umfassende Programm, welches am 03. November 1955 beschlossen wurde, findet sich bei Klaus Berchtold (Hrsg.): *Österreichische Parteiprogramme 1868-1966*, München 1967, S. 492/493 und wurde bereits 1957 durch ein wesentlich umfangreicheres Programm abgelöst: Ebenda, S. 494-509.

¹⁵⁶ Zu diesen Vorgängen: Klaus Berchtold (Hrsg.): *Österreichische Parteiprogramme 1868-1966*, München 1967, S. 94-98.

¹⁵⁷ Knut Lehmann-Horn: *Die Kärntner FPÖ 1955-1983. Vom Verband der Unabhängigen (VdU) bis zum Aufstieg von Jörg Haider zum Landesparteiobmann*, Klagenfurt 1992, S 77-83.

Abbildung 3: Zusammensetzungen des Nationalrats der Zweiten Österreichischen Republik

Jahr	Angetretene Parteien	Parteien im Parlament	Sitzanteil von ÖVP und SPÖ		Regierung
1945	4	3	161/165	97,6%	ÖVP/SPÖ/KPÖ
1949	10	4	144/165	87,3%	ÖVP/SPÖ
1953	11	4	147/165	89,1%	ÖVP/SPÖ
1956	10	4	156/165	94,5%	ÖVP/SPÖ
1959	5	3	157/165	95,2%	ÖVP/SPÖ
1962	5	3	157/165	95,2%	ÖVP/SPÖ
1966	7	3	159/165	96,4%	ÖVP
1970	7	3	159/165	96,4%	SPÖ
1971	5	3	173/183	94,5%	SPÖ
1975	6	3	173/183	94,5%	SPÖ
1979	5	3	172/183	94,0%	SPÖ
1983	8	3	171/183	93,4%	SPÖ/FPÖ
1986	8	4	157/183	85,8%	SPÖ/FPÖ ab 1987 SPÖ/ÖVP
1990	11	4	140/183	76,5%	SPÖ/ÖVP
1994	13	5	117/183	63,9%	SPÖ/ÖVP
1995	9	5	123/183	67,2%	SPÖ/ÖVP
1999	9	4	113/183	61,7%	ÖVP/FPÖ
2002	9	4	148/183	80,9%	ÖVP/FPÖ
2006	12	5	134/183	73,2%	SPÖ/ÖVP
2008	15	5	108/183	59,0%	SPÖ/ÖVP
Durchschnitt	8,45	3,75	155,21/183	84,8%	

Daten aus: Plasser/Ullrich (Hrsg.): *Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002*, Wien 2003, S. 195, sowie: <http://www.bmi.gv.at/wahlen/> (19.12.2008) und <http://www.austria.gv.at/> (15.01.2009).

Erstmals konnte die FPÖ nach einer unter dem Obmann Friedrich Peter vollzogenen liberalen Kurskorrektur an Bedeutung gewinnen. Peter selbst scheiterte allerdings am parteiinternen Widerstand als er sich 1970 entschloss, die SPÖ-Minderheitsregierung unter Bruno Kreisky zu stützen. Sein Nachfolger, Alexander Götz, gab wieder dem nationalen Element den Vorzug vor dem liberalen und verlegte die Partei auf die Rolle einer Opposition zur SPÖ. Sein mangelnder Erfolg und interne Auseinandersetzungen um den Kurs der Partei mündeten in den Vorsitz Norbert Stegers, welcher ab 1980 der Partei ein neues Gesicht gab. Die Wiederannäherung an die SPÖ, die Aufnahme neuer Themen, wie Kernkraft und Ökologie, und die Reliberalisierung der parteilichen Gesamtausrichtung führten nicht nur zu einer Aufnahme in die Liberale Internationale, sondern machten die FPÖ 1983 auch zum Juniorpartner in einer von der SPÖ geführten Bundesregierung unter Fred Sinowatz, welcher Bruno Kreisky als Bundeskanzler ablöste.

Steger führte die Partei so zwar aus dem politischen Abseits, stieß allerdings auf vehementen Widerstand und Kritik aus den eigenen Reihen. Als Koalitionspartner musste die FPÖ Politiken mittragen, die sie in der Opposition jahrzehntelang bekämpft hatte. Die Führung der Partei verlor den Rückhalt der Wähler und in den eigenen Reihen. Eine der lautesten Stimmen gegen den Kurs Stegers gehörte dem jungen Kärntner, Jörg Haider, welcher sich in dieser frühen Phase seiner politischen Karriere noch als Sozialpolitiker zu profilieren suchte, dabei jedoch gehörigen Abstand zum linken Flügel der Partei hielt.¹⁵⁸ Der Parteivorsitzende war zu einem Schaukelkurs gezwungen, um einen fast unmöglichen Ausgleich zwischen Koalitionsinteressen und den Anliegen des nationalen Flügels herzustellen.

Haider übernimmt die Führung

Zum „Putsch“ kam es 1986 auf dem Innsbrucker Parteitag der FPÖ als Jörg Haider die Konfrontation mit der alten Führung suchte und obsiegte. In einer handstreichartigen Aktion gelang es Haider, den von Steger designierten Nachfolger für den Parteivorsitz, Helmut Krünes, auszubooten und sich selbst an die Spitze der FPÖ zu hieven.¹⁵⁹ Die wahrscheinlich auch durch diesen Eklat genährte persönliche Abneigung zwischen Ste-

¹⁵⁸ Gerhard Hertel: *Populisten auf dem Vormarsch? Analyse der Wahlsieger in Österreich und der Schweiz*, München 2000, S. 13.

¹⁵⁹ Ebd., S. 13-15.

ger und Haider ließ letzteren dreizehn Jahre später im Blick auf die Geschichte seiner Partei behaupten, die Ära Steger sei „das Schlimmste“ gewesen,¹⁶⁰ während der ehemalige Parteivorsitzende seinen Nachfolger als narzisstisch und manisch-depressiv charakterisierte und dessen Öffentlichkeitssucht als „Mikrofon-Nymphomanie“ titulierte.¹⁶¹

Laut Michael Morass und Helmut Reischenböck vollzog die FPÖ im Herbst 1986 einen dreistufigen Wandel, der innerhalb von elf Wochen aus einer unter Popularitätseinbußen leidenden Juniorpartnerin der SPÖ ein Sammelbecken für die Gegner der etablierten Größen des österreichischen Parteiensystems machte.¹⁶² Nach der Wahl Haiders auf dem Innsbrucker Parteitag am 13. und 14. September wandelte die FPÖ sich zur „Haider-Partei.“¹⁶³ Als solche nahm sie den Kampf gegen die „Altparteien“ auf. Der neue Mann an der Spitze dieser traditionsreichen Partei, die über Jahrzehnte die Repräsentantin des national-liberalen Lagers dargestellt hatte, ignorierte bei seinen Angriffen die begonnene Einbindung der FPÖ in das von ihm angeprangerte Machtkartell.

¹⁶⁰ Christa Zöchling: *Haider. Eine Karriere*, Wien 1999, S. 118.

¹⁶¹ Hertel 2000, S. 13. Dabei stehen Haiders Äußerungen in einem eklatanten Widerspruch zu seinen versöhnlichen Dankesworten an den Vorgänger, die er 1986 auf dem Parteitag gefunden hatte und welche sich in den integrativen Charakter seiner Rede einfügten. Vgl.: Jörg Haider: *Antrittsrede des neugewählten Bundesparteiobmannes Dr. Jörg Haider auf dem Ordentlichen Bundesparteitag am 14. September 1986 in Innsbruck*, Wien 1986, S. 3f bzw. S. 19.

¹⁶² Michael Morass u. Helmut Reischenböck: *Parteien und Populismus in Österreich*, in: Pelinka 1987, S. 36-59.

¹⁶³ Ebd., S. 40.

3.2 Jörg Haiders FPÖ auf dem Weg zum Gipfelkreuz

Die FPÖ war bis 1986 eine nationalliberale Honoratiorenpartei. Ich wollte aus ihr eine politische Bewegung machen, die Reformen durchsetzt und die das politische System erneuert.

Jörg Haider¹⁶⁴

Strategie der Selbstisolierung

Als kleine Koalitionspartnerin der SPÖ hatte sich die FPÖ seit 1983 unter Norbert Steger nach langem Verharren in der Opposition gerade erst in die Reichweite der Hebel zur Ämtervergabe manövriert. Doch die sinkenden Zustimmungswerte der FPÖ hatten Haider auf einen innerparteilichen Oppositionskurs schwenken lassen. Er prangerte „Parteibuchwirtschaft“ und „Privilegien“ der politischen Kaste an, gab sich in der medial ausgeleuchteten Öffentlichkeit das Image eines unvorbelasteten *homo novus* und schlüpfte in die Rolle des Fürsprechers der Stimmlosen. Sein Anti-Establishment-Protest manifestierte sich dabei auf der innerparteilichen Bühne ebenso wie auf überparteilichem Parkett. Auf diese Weise gelang es Jörg Haider gegen die innerparteilichen Widerstände den Vorsitz der FPÖ zu übernehmen und ihr Gesicht nachhaltig zu verändern. Den „resignierten Auszug der Liberalen aus der Freiheitlichen Partei“¹⁶⁵ führten Friedrich Peter und Norbert Steger, die beiden ehemaligen Parteiobmänner, an. Das deutsch-nationale Element erfuhr in der Folge eine Akzentuierung.

Dem Ausschluss aus der Liberalen Internationale, in welche die FPÖ 1979 aufgenommen worden war, kam die Partei durch ihren Austritt am 8. Juli 1993 um zwei Tage zuvor.¹⁶⁶

¹⁶⁴ Alfred Worm: *Ein Streitgespräch mit Jörg Haider*, Wien 2005, S. 12.

¹⁶⁵ Vgl. Morass u. Reischenböck unter Berufung auf Johannes Strohmayer in: Pelinka 1987, S. 40.

¹⁶⁶ Vgl. Kai Arzheimer u. Markus Klein: *Liberalismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus in Deutschland und Österreich. Bestandsaufnahme und Zukunftsszenarien*, in: Plasser/Gabriel/Falter/Ullrich 1999, S. 31-63; auch bei Brigitte Bailer-Galanda: *Haider wörtlich. Führer in die Dritte Republik*, Wien 1995, S. 21 und Hubert Sickinger: *Jörg Haider*, in: Pelinka/Sickinger/Stögner 2008, S. 111-225, S. 145.

Die zum Teil vorsätzlich inszenierte Isolierung der FPÖ war alles andere als dazu geeignet, den folgenden Aufstieg in der Wählergunst zu behindern. Gleich nach der Übernahme der Führung durch Haider gelang es bei den Nationalratswahlen von 1986 den Stimmenanteil der FPÖ von knapp fünf auf 9,7 Prozent beinahe zu verdoppeln. Die Bildung einer großen Koalition zwischen ÖVP und SPÖ verbannte die „Haider-Partei“ zwar auf die Oppositionsbänke, doch erst aus dieser Position heraus konnte der Anti-Establishment-Impetus überzeugend vorgetragen werden.

Die unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von den Alliierten unterstützte Allparteienregierung stellte am Beginn der zweiten Republik Österreich eine wesentliche Richtungsentscheidung dar. Ebenso wie Deutschland steuerte Österreich auf das Modell einer Konsensdemokratie zu, übertraf den Nachbarn jedoch noch insofern, als dass eine lange Reihe von Großen Koalitionen und eine mindestens ebenso starke Verflechtung von Wirtschaft und Politik im Rahmen des so genannten „Austrokeynesianismus“¹⁶⁷ fast alle Interessen der Bevölkerung zu bündeln suchte. Anton Pelinka nennt die Zweite Republik einen Parteienstaat im doppelten Sinn, weil diese einerseits den Staat erst geschaffen und sich andererseits jahrzehntlang in einer besonders starken, Struktur gebenden, Funktion befunden hätten.¹⁶⁸ Einzig das Dritte Lager – vertreten durch die FPÖ – blieb (zunächst) außen vor.

Wäre man nach dem selben Muster wie im Nachbarland verfahren, so hätte in der Alpenrepublik – ganz abgesehen von programmatischen Unterschieden – der FPÖ möglicherweise eine ähnliche Rolle zufallen können, wie den liberalen Mehrheitsbeschaffern in der Bundesrepublik Deutschland. Die deutsche FDP kann in den über weite Strecken ebenfalls mit drei Fraktionen besetzten Parlamenten der Bundesrepublik eine beeindruckende Zahl von Regierungsjahren in wechselnden Koalitionen mit der SPD und den Unionsparteien vorweisen. Noch länger währt die Regierungstätigkeit der schweizerischen FDP, wobei diese jedoch von der konkordanzdemokratischen Einrichtung der Quasi-Allparteienregierung profitierte. In Österreich jedoch war das dritte und kleinste Element der parlamentarischen Landschaft wie oben beschrieben, nicht zuletzt aufgrund der Randständigkeit seiner Positionen und seines Personals, weitge-

¹⁶⁷ Anton Pelinka und Sieglinde Rosenberger: *Österreichische Politik. Grundlagen – Strukturen – Trends*, Wien 2007, S. 47-50.

¹⁶⁸ Anton Pelinka: *Vom Glanz und Elend der Parteien. Struktur- und Funktionswandel des österreichischen Parteiensystems*, Innsbruck 2005, S. 15.

hend ausgeschlossen von der politischen Macht und abgeschnitten von den Schalthebeln der Verteilungsmechanismen.

Aus dieser Position heraus konnte Jörg Haider in der Zeit des rasanten Aufstiegs der FPÖ seinen Populismus virtuos ausspielen. Der antielitäre Impetus verfiel ebenso gut, wie der egalitäre Anspruch, welcher für Außenseiter und Underdogs die gebührende Aufmerksamkeit einforderte. Aus einer fundamentaloppositionellen Haltung gegen das Establishment der „Altparteien“ ließ sich gegen „Pfründewirtschaft“ und Verkrustung wettern. Ohne Macht – und damit ohne Verantwortung – konnte sich das selbsternannte Sprachrohr der benachteiligten, ausgebeuteten und klein gehaltenen Ohnmächtigen als Prophet einer neuen – gerechteren – Ordnung gerieren.

Heute Kärnten, morgen ganz Österreich

Als Burg, von der aus der selbsternannte Ritter des Volkes in die Schlachten zog, diente Jörg Haider seine Heimat Kärnten. In diesem Bundesland verfügte die FPÖ im Allgemeinen und der seit 1983 amtierende Landesobmann¹⁶⁹ im Besonderen über eine stabile Basis. Der Stimmanteil der FPÖ lag in Kärnten bei allen Landtagswahlen seit dem Zweiten Weltkrieg über elf Prozent und schnellte unter dem neuen Obmann 1984 auf 16 Prozent in die Höhe. Auch bei Nationalratswahlen fiel die FPÖ in Kärnten nie unter neun Prozent, bevor es Haider 1986 gelang, das Ergebnis von zehn auf fast 21 Prozent zu verdoppeln.¹⁷⁰ Bei den Landtagswahlen des Jahres 1989 wurde die FPÖ mit 29 Prozent der Stimmen zweitstärkste Kraft hinter der SPÖ. Es gelang ihm, mit den Stimmen der ÖVP eine Mehrheit zu generieren, die ihn zum Landeshauptmann¹⁷¹ wählte. Da er das neu gewonnene Amt auszufüllen gedachte, trat Haider zu den Nationalratswahlen 1990 nicht als Spitzenkandidat der FPÖ an, brüskierte jedoch die Parteifreunde Norbert Gugerbauer und Heide Schmidt, indem er im Wahlkampf die Aufmerksamkeit immer wieder auf sich zog, was zwar im Ergebnis seiner Partei nutzte, ihn jedoch als schlechten Mannschaftsspieler überführte.¹⁷²

¹⁶⁹ Der Begriff bezeichnet das Amt des Landesparteivorsitzenden.

¹⁷⁰ Zahlen aus: Knut Lehmann-Horn: *Die Kärntner FPÖ 1955 – 1983. Vom Verband der Unabhängigen (VdU) bis zum Aufstieg von Jörg Haider zum Landesparteiobmann*, Klagenfurt 1992, S. 327 bzw. S. 324.

¹⁷¹ Meint das Amt des Ministerpräsidenten eines österreichischen Bundeslandes.

¹⁷² Vgl. Hubert Sickinger: *Jörg Haider*, in: Pelinka/Sickinger/Stögner 2008, S. 111-225, S. 153.

Schon 1991 verlor Haider das Amt des Landeshauptmanns von Kärnten wieder. Nach einem oft zitierten Zwischenfall im Landtag – er hatte in einer Entgegnung auf einen Einwurf während seiner Rede von der „ordentlichen Beschäftigungspolitik“ im Dritten Reich gesprochen – wählten ihn SPÖ und ÖVP vereint per Misstrauensantrag aus dem Amt.

Diese Abwahl wertet Hubert Sickinger als bedeutende Zäsur in Haiders Verhältnis zu den Vertretern der anderen Parteien. Er konstatiert, dass in Folge dieses zum Mediengrößereignis stilisierten Skandals die Auseinandersetzung zwischen FPÖ und den Regierungsparteien eskaliert sei.¹⁷³ Die Gegner Haiders hofften – vergebens – dass Haider mit diesem verbalen Fauxpas einen entscheidenden und ihn entlarvenden Fehler begangen hätte, der seinen steilen Aufstieg beenden und ihn vollends ins Abseits manövrieren würde. Haider hingegen steuerte seine FPÖ von nun an noch entschlossener auf den Kurs einer Fundamentalopposition zu den Regierungsparteien und stilisierte sich selbst als „Märtyrer der österreichischen Politik.“¹⁷⁴ Die Stimmenzugewinne der FPÖ bei den nachfolgenden Landtagswahlen in der Steiermark, Oberösterreich und Wien waren Ausdruck des Erfolges von Haider, sich als zu unrecht gezeißelter Paria darzustellen. Zudem gelang es ihm, im Schatten des Zerfalls des Sowjetimperiums, die Themen Zuwanderung und nationale Identität zu Zugpferden seiner Kampagne zu machen und damit für alle Parteien auf die Tagesordnung zu setzen. Die 1992 erfolgte Wahl zum Klubobmann¹⁷⁵ unterstrich zudem seine beherrschende Stellung innerhalb der Freiheitlichen Partei.

Unaufhaltsam in der Erfolgsspur

Ungefähr zur Halbzeit des steten Aufstiegs der FPÖ unter ihrem Obmann Haider veröffentlichte dieser seine programmatische Schrift „Die Freiheit, die ich meine. Das Ende des Proporzstaates. Plädoyer für die dritte Republik.“¹⁷⁶ Kurz vor der Wahl des Jahres 1994, die ihm und seiner Partei einen erneuten Stimmenzugewinn von über fünf

¹⁷³ Hubert Sickinger: *Jörg Haider*, in: Pelinka/Sickinger/Stögner 2008, S. 111-225, S. 154f.

¹⁷⁴ Hubertus Czernin: *Der Haider-Macher. Franz Vranitzky und das Ende der alten Republik*, Wien 1997, S. 174.

¹⁷⁵ Der Begriff bezeichnet das Amt des Fraktionsvorsitzenden (im Nationalrat).

¹⁷⁶ Jörg Haider: *Die Freiheit, die ich meine. Das Ende des Proporzstaates. Plädoyer für die Dritte Republik*, Frankfurt a. M./Berlin 1994.

Prozentpunkten bescherte, stellte er sich als vom verfilzten System gegängelt¹⁷⁷ und dennoch unermüdlichen Vorkämpfer für die demokratischen Freiheitsrechte des österreichischen Volkes dar. Seine im letzten Drittel der Schrift mit Vehemenz vorgetragene Kritik an der institutionalisierten europäischen Einigungsbewegung im Rahmen der damaligen EG und dem noch jungen Vertragswerk von Maastricht stellte ihn dabei in klare Gegnerschaft zu den „Altparteien“, welche Österreich zum Beitrittskandidaten gemacht hatten.¹⁷⁸ Zudem korrespondierte die europaskeptische Haltung hervorragend mit seinem Eintreten für den Nationalstaat und dessen Recht und Verpflichtung zur restriktiven Einwanderungs- bzw. „Ausländerpolitik“.¹⁷⁹

In die Zeit des Erscheinens dieser Schrift und den fortgesetzten Aufstieg von Haiders „Bewegung“ fällt allerdings auch die erste Spaltung der FPÖ. Nach den Ereignissen von Innsbruck des Jahres 1986 verließen 1993 ein weiteres Mal Liberale die zunehmend nationale FPÖ. Dieses Mal gründeten sie eine eigene Partei. Unter der Führung von Heide Schmidt bildete sich 1993 das Liberale Forum (LIF) und trat 1994 zur Nationalratswahl gegen die einstigen Mitstreiter an. Auch der langjährige Weggefährte Haiders, Norbert Gugerbauer, verließ die FPÖ. Innerhalb „seiner Partei“ duldete der Aufsteiger Haider keine Konkurrenz neben sich.¹⁸⁰

Mitentscheidend für den Auszug der fünf Nationalratsabgeordneten unter der Führung von Heide Schmidt war Dissens über das von Haider initiierte und medienwirksam inszenierte Volksbegehren „Österreich zuerst“, welches die FPÖ weiter in das nationale Lager rücken ließ und für viel nationales und internationales Aufsehen sorgte. Bei den Nationalratswahlen des Jahres 1994 wurde das Liberale Forum bestätigt, indem die Abspaltung den Einzug in den Nationalrat schaffte. Dieser Erfolg ging jedoch nicht zu Lasten von Haiders FPÖ, die ihren Stimmanteil gegenüber der Wahl von 1990 um weitere knapp sechs Prozentpunkte ausbauen konnte, was zu einer weiteren Minderung des Mandatsanteils der großen Volksparteien führte. Das Aufkommen der seit

¹⁷⁷ Ebd.; die Opferrolle wird besonders anschaulich dargestellt unter der Überschrift „Haider-Rechtsprechung“ (S.139-149) und in Teilen wiederholt auf S. 240-249. Allerdings bleiben Jörg Haiders Anklagen von „Mauscheleien“ und dirigierten Komplotten gegen ihn und seine Mitstreiter immer wieder stichhaltige Belege schuldig. Beispielhaft hierfür sind ein im Wortlaut zitierter Brief, dessen Autor allerdings ungenannt bleibt (S. 102f), und die Auflistung von Missbräuchen sozialstaatlicher Privilegien ohne Nennung der Informationsquellen (S. 150-188, besonders S. 186).

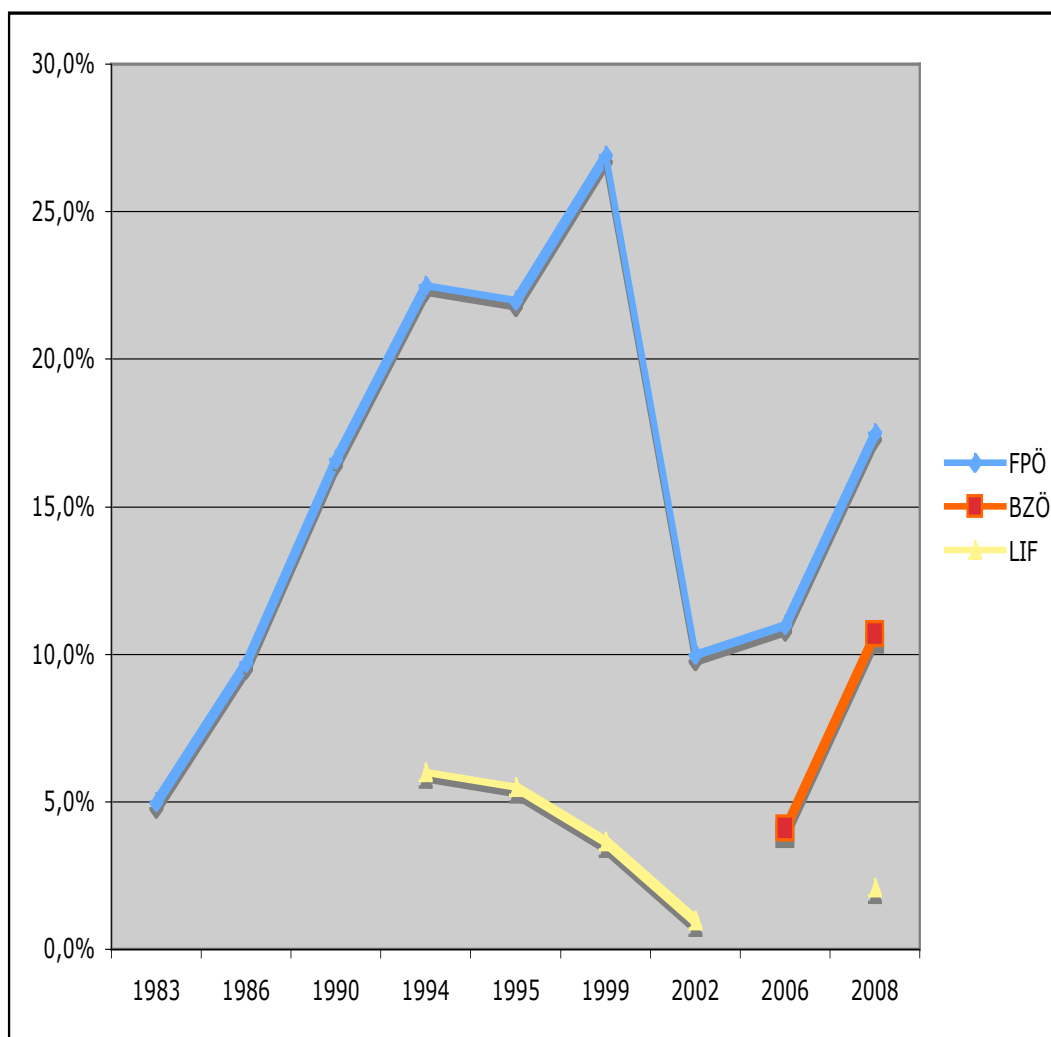
¹⁷⁸ Ebd.; v. a. S. 261-295.

¹⁷⁹ Ebd., S. 250-260.

¹⁸⁰ Christa Zöchling widmet den hier nur kurz angerissenen Verdrängungsprozessen innerhalb der FPÖ ein ganzes Kapitel unter dem Titel: „*Der Ausgrenzer der Parteifreunde*“ in: Christa Zöchling: *Haider. Eine Karriere*, Wien 1999, S. 169-193.

1986 im Nationalrat vertretenen Grünen und die FPÖ-Abspaltung LIF machten aus dem ehemals übersichtlichen Nationalrat eine Versammlung mit nunmehr fünf Parteien.

Abbildung 4: Entwicklung des Stimmanteils der FPÖ und ihrer Abspaltungen bei den Nationalratswahlen zwischen 1983 und 2008¹⁸¹



Als bereits 1995 nach Budgetstreitigkeiten in der auseinander brechenden großen Koalition Neuwahlen nötig wurden, konnten SPÖ und ÖVP zu Lasten von Grünen, LIF und FPÖ ihre Stimm- und Sitzanteile im Nationalrat wieder erhöhen. Bei dieser ersten

¹⁸¹ Das Liberale Forum (LIF) trat zu den Nationalratswahlen 2006 nicht an. In Österreich gilt eine Vier-Prozent-Hürde für den Einzug in den Nationalrat.

Wahl nach dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union stagnierte der Zuspruch für die FPÖ auf nationaler Ebene zum einzigen Mal unter Haider.

Für die Folgezeit konstatiert Hubert Sickinger eine Neupositionierung des Obmanns und den Versuch einer Entideologisierung der Bewegung, in die Haider die FPÖ umzuwandeln getrachtet habe.¹⁸² Sich selbst habe er als Politiker „amerikanischen“ Stils inszenieren und die Partei zu einer Bürgerbewegung umwandeln wollen. Mit einiger Sicherheit stand hinter dem Versuch, sich an die Spitze einer Bewegung anstelle eines starren und zuweilen auch störrigen Parteiapparates zu setzen, der Wunsch, sich zeitintensive Debatten zu ersparen und Bindungen an Parteitagsbeschlüsse und Positionspapiere zu lösen.¹⁸³ Zwar sei es gelungen, die Kampagnentechniken amerikanischer Wahlkämpfe zu adaptieren, der Umbau der Partei sei jedoch letztendlich ein Fehlschlag gewesen, so übereinstimmend Hubert Sickinger und Christa Zöchling.¹⁸⁴

Haiders Versuch, durch Auftritte im Rahmen von Auslandsreisen, so genannten „Imagetouren“, sich und seine Partei vom Ruch des Radikalen und Extremen rein zu waschen, verfiel allerdings nur mäßig, weil er immer wieder durch verbale Rückfälle in rechtsradikale und ausländerfeindliche Gefühle seine ursprüngliche Kernwählerschaft zu bedienen suchte.¹⁸⁵ Diese dürfte er durch seinen 1995 propagierten „Abschied von jeglicher Deutschtümelei“ allerdings irritiert haben. Das neue Parteiprogramm von 1997 stellte dann einen Österreich-Patriotismus an die Stelle des Deutschtums, welches die FPÖ jahrzehntelang hochgehalten hatte. Allerdings lassen die weiterführenden Formulierungen des Parteiprogramms keinen Zweifel daran, dass hier weniger ein Paradigmenwechsel als eine strategisch bedingte Neujustierung vorgenommen worden war. Die FPÖ sollte in noch weiteren Kreisen wählbar werden. Man hatte das Potential des angestammten dritten Lagers schon lange ausgeschöpft und suchte sich weiter in die ehemaligen Stammwählerschaften von SPÖ und ÖVP hinein vorzuarbeiten. In diesem Licht kann auch eine wesentlich grundlegendere Neuaufnahme in das Programm gedeutet werden: Als gänzlich neue Komponente im Arsenal der Freiheitlichen tauchte erstmals das „wehrhafte Christentum“ in der Programmatik der traditionell antiklerikalen eingestellten FPÖ auf. Da Türken und andere unerwünschte Immigran-

¹⁸² Hubert Sickinger: *Jörg Haider*, in: Pelinka/Sickinger/Stögner 2008, S. 111-225, S. 175-179.

¹⁸³ Hierzu auch Christa Zöchling: *Haider. Eine Karriere*, Wien 1999, S. 200f.

¹⁸⁴ Hubert Sickinger: *Jörg Haider*, in: Pelinka/Sickinger/Stögner 2008, S. 111-225, S. 179; bzw. Christa Zöchling: *Haider. Eine Karriere*, Wien 1999, S. 203f.

¹⁸⁵ Ebd.; S. 176.

ten in der Öffentlichkeit nicht mit offenem Rassismus abgelehnt oder ausgegrenzt werden könnten, versuche man, sich auf eine (pseudo-)religiöse Argumentationsebene zu begeben, konstatieren Brigitte Bailer-Galanda und Wolfgang Neugebauer.¹⁸⁶ Insofern kann dieses Konzept tatsächlich als Versuch gewertet werden, xenophobe Anklänge unter christlichem Etikett auf den politischen Markt zu werfen und damit die eigenen Absatzchancen in religiös geprägten Bevölkerungsteilen zu erhöhen.

Mit „Befreite Zukunft jenseits von links und rechts“¹⁸⁷ legte Haider 1997 ein zweites Buch vor, welches erneut als Programm seines politischen Handelns verstanden werden sollte. Der Tenor dieser Ausführungen klingt staatstragender als die Einlassungen drei Jahre zuvor. Zwar fehlen auch in diesem Band nicht die Anklagen gegen die Altparteien und deren Kartell,¹⁸⁸ doch in vielen Formulierungen spiegelt sich Haiders Versuch, Salonfähigkeit zu erlangen und sich nicht länger als Fundamentaloppositioneller sondern als Denker und Lenker inmitten der politischen Avantgarde zu präsentieren.¹⁸⁹ Nicht zufällig stellt der Titel seiner Ausführungen eine Anlehnung an Anthony Giddens' „Beyond Left and Right“ dar.¹⁹⁰ Der Parteiführer der FPÖ versuchte sich in die intellektuelle Nachbarschaft des international hoch angesehenen Soziologen an der London School of Economics zu begeben. In der Bestrebung sich nicht nur als Vor-denker, sondern auch als praktisch tätiger, konstruktiver Zerstörer des überkommenen Proporzsystems darzustellen, konnte Haider zudem auf Erfolge seiner ersten Amtszeit als Vorsitzender der Landesregierung Kärntens verweisen.¹⁹¹

Die Strategie schien sich zu bewähren. Trotz Gegenwindes, der durch medial ausgeschlachtete Vergehen und Fehlritte von FPÖ-Funktionären aufgebauscht wurde, steuerte Jörg Haiders FPÖ weiterhin auf Erfolgskurs. Schon die Wahlen zum Europäischen Parlament des Jahres 1996 verliefen für die Partei erfolgreich. Sie erreichte 27,5

¹⁸⁶ Brigitte Bailer-Galanda und Wolfgang Neugebauer: *Haider und die Freiheitlichen in Österreich*, Berlin 1997, S. 48.

¹⁸⁷ Jörg Haider: *Befreite Zukunft jenseits von links und rechts. Menschliche Alternativen für eine Brücke ins neue Jahrtausend*, Wien 1997.

¹⁸⁸ So schreibt Haider bspw. von der „Diktatur der rot-schwarzen Funktionäre“; Jörg Haider: *Befreite Zukunft jenseits von links und rechts. Menschliche Alternativen für eine Brücke ins neue Jahrtausend*, Wien 1997, S. 108.

¹⁸⁹ Siehe hierzu die Einschätzungen von Hubert Sickinger: *Jörg Haider*, in: Pelinka/Sickinger/Stögner 2008, S. 111-225, S. 184f.

¹⁹⁰ Anthony Giddens: *Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie*, Frankfurt a. M. 1997; die englische Erstausgabe erschien 1994.

¹⁹¹ Zum „Kärntner Reformschub“ siehe: Jörg Haider: *Befreite Zukunft jenseits von links und rechts. Menschliche Alternativen für eine Brücke ins neue Jahrtausend*, Wien 1997, S. 33.

Prozent der abgegebenen Stimmen, blieb aber mit jeweils zwei Prozentpunkten knapp geschlagen hinter ÖVP und SPÖ lediglich drittstärkste Kraft.

Regierungseintritt

Im Jahr 1999 folgte dann der sensationelle Durchbruch. Wieder einmal startete der erfolgreiche Feldzug in Kärnten, wo die FPÖ bei den Landtagswahlen einen erdrutschartigen Zugewinn von fast neun Prozentpunkten erzielen und mit einem Gesamtstimmenanteil von 42,1 Prozent zur stärksten Kraft avancieren konnte. Durch Tolerierung der ÖVP¹⁹² konnte sich Jörg Haider acht Jahre nach seiner Abwahl erneut zum Landeshauptmann Kärntens wählen lassen. Das Siegerimage Haiders prägte auch die wenige Monate später stattfindenden Nationalratswahlen. Erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik wurde die FPÖ zweitstärkste Partei auf nationaler Ebene. Sie konnte bundesweit exakt 415 Stimmen mehr erringen als die ÖVP, welche ebenfalls bei exakt 26,91 Prozent der Stimmen landete.

Das Aufsehen war auch außerhalb Österreichs enorm und schlug in alarmierte Aufschreie um, als sich nach einer langen Phase des Taktierens aller Parteien und des Bundespräsidenten ÖVP und FPÖ anschickten, eine Mitte-Rechts-Koalition zu bilden.

Die Wahl vom 03. Oktober 1999 und die sich anschließende Phase der Regierungsbildung waren kein österreichisches sondern ein gesamteuropäisches Spektakel. Waldemar Hummer und Anton Pelinka haben auf 45 Seiten eine chronologische Darstellung der Ereignisse und Reaktionen im Umfeld der national und international umstrittenen Regierungsbildung dokumentiert.¹⁹³ An dieser Stelle soll nicht diskutiert werden, ob die von den anderen, damals 14, EU-Mitgliedsstaaten beschlossenen Maßnahmen in Bezug auf Österreich rechtlich einwandfrei, sachlich gerechtfertigt oder überhaupt zielförderlich gewesen sind. Es soll festgehalten werden, dass Jörg Haider und seine FPÖ auf dem Gipfel ihrer Bekanntheit angelangt waren, als sich in ganz Europa und auch im

¹⁹² Die Abgeordneten der SPÖ waren zur Abstimmung nicht erschienen, um die notwendige Zahl der Abgeordneten für eine gültige Wahl zu unterbieten. Die Anwesenheit der ÖVP-Abgeordneten durchkreuzte diese Strategie. So bei Hubert Sickinger: *Jörg Haider*, in: Pelinka/Sickinger/Stögner 2008, S. 111-225, S. 189.

¹⁹³ Waldemar Hummer und Anton Pelinka: *Österreich unter „EU-Quarantäne“: Die „Maßnahmen der 14“ gegen die österreichische Bundesregierung aus politikwissenschaftlicher und juristischer Sicht*, Wien 2002, S. 113-158.

außereuropäischen Ausland Politiker, Journalisten und Bürger mit dem Phänomen auseinandersetzen.

Die Protestkundgebungen gegen die Regierungsbeteiligung der FPÖ blieben nicht auf Wien beschränkt, sondern fanden in vielen Großstädten auch außerhalb Österreichs statt. Als die Regierungsmannschaft unter dem Vorsitz von Kanzler Schüssel zur Verteidigung anstand, kam es am Ballhaus- und am Heldenplatz zu heftigen Protesten und teilweise gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Ordnungskräften.¹⁹⁴

Mit Thomas Prinzhorn und Hilmar Kabas lehnte der Bundespräsident zwei von der FPÖ designierte Mitglieder der Bundesregierung wegen ihrer „verbalen Entgleisungen“ bzw. „fremdenfeindlicher Wahlkampfführung“ ab. Auch der Parteivorsitzende selbst wurde – allerdings aufgrund eigener Entscheidung – nicht Mitglied der Regierung. Dennoch hatte er im Vorfeld eine von Bundespräsident Thomas Klestil vorgelegte Deklaration zu unterschreiben. Das Dokument mit dem Titel „Verantwortung für Österreich – Zukunft im Herzen Europas“¹⁹⁵ enthält Bekenntnisse zur Wahrung der Menschenrechte und zur Fortsetzung des europäischen Integrationsprozesses und war als Präambel dem gemeinsamen Regierungsprogramm von ÖVP und FPÖ voranzustellen.

Auch dieses Bekenntnis der neuen Regierungskoalition, innerhalb der bemerkenswerterweise die um wenige hundert Stimmen unterlegene Partnerin den Kanzler stellte, konnte die übrigen Mitglieder der EU nicht davon abhalten, am 31. Januar für den Fall einer FPÖ-Regierungsbeteiligung angekündigte Sanktionen tatsächlich einzuleiten.¹⁹⁶ Mit dem Antritt der neuen Regierung unter Wolfgang Schüssel froren die EU-14 ihre bilateralen Beziehungen zu Österreich ein, empfingen Botschafter lediglich auf technischer Ebene und entzogen österreichischen Bewerbern um Posten und Positionen in internationalen Organisationen jegliche Unterstützung.

¹⁹⁴ Ebd.; S. 128.

¹⁹⁵ Dokument 5: Regierungsprogramm der ÖVP-FPÖ-Koalition (Präambel), vom 03. Februar 2000, in: Waldemar Hummer und Anton Pelinka: *Österreich unter „EU-Quarantäne“: Die „Maßnahmen der 14“ gegen die österreichische Bundesregierung aus politikwissenschaftlicher und juristischer Sicht*, Wien 2002, S. 174-177.

¹⁹⁶ Dokument 7: Aktionsprogramm der EU-14 im Falle einer Regierungsbeteiligung unter Beteiligung der FPÖ, notifiziert durch den portugiesischen EU-Ratspräsidenten, António Guterres, vom 31. Januar 2000, in: Waldemar Hummer und Anton Pelinka: *Österreich unter „EU-Quarantäne“: Die „Maßnahmen der 14“ gegen die österreichische Bundesregierung aus politikwissenschaftlicher und juristischer Sicht*, Wien 2002, S. 174-177.

Das Klima auf internationalem Parkett mutete für die ÖVP-Außenministerin Benita Ferrero-Waldner eiszeitlich an. Auftritte ihrer FPÖ-Ministerkollegen wurden boykottiert.¹⁹⁷ Am 28. Februar trat Jörg Haider als Bundesparteiohmann zurück und begab sich in die Peripherie seiner Heimat Kärnten während Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer ihn in der Zentrale ersetzte.¹⁹⁸ Diesen Rücktritt bezeichnete der belgische Außenminister, Louis Michel, als „ersten Erfolg der EU-14-Maßnahmen.“¹⁹⁹

Dass allerdings diese Maßnahmen nicht nur in Österreich auf Widerspruch stießen sondern auch in den übrigen EU-14 ein geteiltes Echo erfuhren, führte im Juni 2000 zu einem Anlauf, die Haltung der österreichischen Regierung neu zu bewerten. Noch vom scheidenden portugiesischen EU-Ratspräsidenten, António Guterres, angeregt, verkündete am 12. Juli der Präsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, Luzius Wildhaber, in Straßburg die Namen von „Drei Weisen“. Der ehemalige finnische Staatspräsident und spätere Friedensnobelpreisträger Martti Ahtisaari, der Völkerrechtler Jochen Frowein und der einstige spanische Außenminister Marcelino Oreja wurden damit beauftragt, dem EU-Vorsitz eine Einschätzung der österreichischen Bundesregierung vorzulegen.

Nach nur wenigen Wochen lag der Bericht²⁰⁰ am 08. September 2000 vor. Pikanterweise veröffentlichte ihn die spanische Tageszeitung „El Pais“ noch bevor der inzwischen amtierende französische EU-Ratspräsident, Jacques Chirac, offiziell Kenntnis erhalten hatte. Dieser, ein lautstarker Kritiker der österreichischen Verhältnisse, soll „erkennbar unzufrieden“ auf die Entlastung der österreichischen Bundesregierung reagiert haben.²⁰¹ Die Einschätzung der „Drei Weisen“, dass eine Aufrechterhaltung der Sanktionen kontraproduktiv sei, führte bereits am 12. September zur formellen Aufhebung der Maßnahmen. Zwar war Österreich damit wieder voll zu akzeptierendes

¹⁹⁷ Beispiele hierfür bei Waldemar Hummer und Anton Pelinka: *Österreich unter „EU-Quarantäne“. Die „Maßnahmen der 14“ gegen die österreichische Bundesregierung aus politikwissenschaftlicher und juristischer Sicht*, Wien 2002, S. 130f.

¹⁹⁸ Sie wurde auf dem Bundesparteitag am 01. Mai 2000 ohne Gegenkandidat mit mehr als 90 Prozent der abgegebenen Delegiertenstimmen im Amt bestätigt.

¹⁹⁹ Waldemar Hummer und Anton Pelinka: *Österreich unter „EU-Quarantäne“. Die „Maßnahmen der 14“ gegen die österreichische Bundesregierung aus politikwissenschaftlicher und juristischer Sicht*, Wien 2002, S. 134.

²⁰⁰ Dokument 88: Bericht von Martti Ahtisaari, Jochen Frowein, Marcelino Oreja (sog. Bericht der „Drei Weisen“ bzw. „Weisenbericht“) samt Anhängen, vom 08. September 2000 – Haltung der österreichischen Bundesregierung, Entwicklung der politischen Natur der FPÖ, in: Waldemar Hummer und Anton Pelinka: *Österreich unter „EU-Quarantäne“. Die „Maßnahmen der 14“ gegen die österreichische Bundesregierung aus politikwissenschaftlicher und juristischer Sicht*, Wien 2002, S. 388–418.

²⁰¹ Waldemar Hummer und Anton Pelinka: *Österreich unter „EU-Quarantäne“. Die „Maßnahmen der 14“ gegen die österreichische Bundesregierung aus politikwissenschaftlicher und juristischer Sicht*, Wien 2002, S. 150.

Mitglied der europäischen Familie; doch die Vorbehalte gegen die FPÖ blieben bestehen. Sie wurde in dem Bericht als „rechtspopulistische Partei mit extremistischer Ausdrucksweise“ charakterisiert.²⁰²

Entzauberung der Freiheitlichen

Haiders FPÖ war vor allem auch keine Partei mit ausreichender personeller Substanz und Kompetenz, um einen Regierungsauftrag auszufüllen. Jahrelang auf den Kurs einer Fundamentalopposition getrimmt, waren die Mitglieder nicht ausreichend eingestellt auf Verhandlungen und Kompromisse. Das galt sowohl für die Basis, welche erwartbar enttäuscht auf ein Einlenken der FPÖ in jeglichen Sachfragen reagierte, als auch für die Parteispitze, welcher es offensichtlich an Kompetenz mangelte, um dem politischen Tagesgeschäft einer Regierung gerecht zu werden. Dass bis zum Oktober 2000 gleich drei FPÖ-Minister ausgetauscht werden mussten, ist wohl nicht zuletzt der Tatsache zuzuschreiben, dass der Anführer Haider jahrelang keine starken Partner an der Spitze seiner Partei geduldet hatte. Die „offensichtlich dünne Personaldecke der außer-ordentlich schnell gewachsenen Partei“²⁰³ war somit neben dem unumgänglichen Schwenk in der Selbstdarstellung ein entscheidender Faktor für das Abreißen der Erfolgsserie der FPÖ. Mitentscheidend für den Niedergang der FPÖ dürfte auch die internationale Ächtung des Parteivorsitzenden gewesen sein. Die ÖVP hingegen konnte sich von der internationalen Presse protegiert als stabilisierender und staatstragender Bestandteil der Regierungskoalition profilieren. Das Verhalten Haiders spielte ihr dabei in die Karten bzw. bestärkte die Zweifel an der Regierungsfähigkeit seiner Partei, obwohl er dieser offiziell gar nicht mehr vorstand. Seine Äußerungen zu einer möglichen Rückkehr an die Spitze und der nicht abreißende Medienrummel um den Kärntner Landeshauptmann hielten ihn im Gespräch.

Besondere Aufmerksamkeit erregten Jörg Haiders Nahost-Reisen zu Revolutionsführer Gaddafi in Libyen im Frühjahr und Sommer 2000 sowie zu Iraks Diktator Hussein

²⁰² Dokument 88: Bericht von Martti Ahtisaari, Jochen Frowein, Marcelino Oreja (sog. Bericht der „Drei Weisen“ bzw. „Weisenbericht“) samt Anhängen, vom 08. September 2000 – Haltung der österreichischen Bundesregierung, Entwicklung der politischen Natur der FPÖ, in: Waldemar Hummer und Anton Pelinka: *Österreich unter „EU-Quarantäne“. Die „Maßnahmen der 14“ gegen die österreichische Bundesregierung aus politikwissenschaftlicher und juristischer Sicht*, Wien 2002, S. 388-418, S. 411.

²⁰³ Hubert Sickinger: *Jörg Haider*, in: Pelinka/Sickinger/Stögner 2008, S. 111-225, S. 193.

2002, den er bei zwei der insgesamt drei Reisen persönlich traf.²⁰⁴ Die Besuche, welche vordergründig der Aufnahme und Vertiefung von Wirtschaftsbeziehungen dienten, stellten zugleich auch einen Abschied von der Phase der zur Schau gestellten Mäßigung des populistischen Führers dar und fanden ihren Niederschlag in der dritten Buchpublikation Haiders.²⁰⁵ Die klare anti-israelische Positionierung Haiders in ausgestrahlten Fernsehinterviews entsprach wieder seinem früheren Duktus. Vor allem hatten die unangekündigten und offensichtlich nicht mit den eigenen Parteifreunden abgestimmten Reisen einen verheerenden Effekt für die Außendarstellung der FPÖ-Spitzen in der Regierung. Die offensichtlich um Anerkennung ringende Susanne Riess-Passer wurde durch die Alleingänge Haiders desavouiert. Für die Öffentlichkeit wurde auf diese Weise die Uneinigkeit der Parteispitze um die Vizekanzlerin und Parteiobfrau, den Klubobmann Westenthaler und den auf nationaler Ebene ämterlosen Kärntner Landeshauptmann deutlich sichtbar.

Die Verluste der FPÖ bei den folgenden Wahlen auf Landesebene waren nur ein Vorgeschmack auf die Nationalratswahl des Jahres 2002. Die Quittungen für die Performance in der Regierung und den in dieser Phase noch schwelenden Führungsstreit fielen mit einstelligen Einbußen von 4,8 Prozentpunkten in der Steiermark, 1,9 Prozentpunkten im Burgenland und 7,8 Prozentpunkten in Wien noch moderat aus. Dennoch sah sich die FPÖ einer Zerreißprobe ausgesetzt: Die inzwischen siegesgewohnte Basis musste Niederlagen verarbeiten und konnte nicht länger auf eine wachsende Zahl zu besetzender, lukrativer bzw. repräsentativer Ämter und Posten hoffen. Währenddessen kollidierten die Vorstellungen der FPÖ-Regierungsmitglieder von einer konstruktiven Regierungstätigkeit mit den stets erneuerten Versuchen Haiders, sich und seine Partei durch Aufsehen erregende Vorstöße zu profilieren. Dieser schwelende Streit um den grundlegenden Kurs der Partei kulminierte im außerordentlichen Parteitag von Knittelfeld, den rund zwei Drittel der FPÖ-Delegierten auf Betreiben Haiders einberiefen. Die offen zu Tage getretene Unvereinbarkeit der Parteitagsvertreter mit dem von den FPÖ-Ministern verteidigten Koalitionsregierungskurs veranlasste Bundeskanzler

²⁰⁴ Vgl. Hubert Sickinger: *Jörg Haider*, in: Pelinka/Sickinger/Stögner 2008, S. 111-225, S. 196-199.

²⁰⁵ Jörg Haider: *Zu Gast bei Saddam. Im „Reich des Bösen“*, Wien 2003.

Schüssel zur Aufkündigung der Koalition und einer vom Nationalrat bestätigten Ankündigung von Neuwahlen für den 24. November 2002.²⁰⁶

Nach Fritz Plasser, Peter Ulram und Gilg Seeber stellten die Nationalratswahlen des Jahres 1999 lediglich „einen Kulminationspunkt längerfristiger Entwicklungen im österreichischen Wahlverhalten der neunziger Jahre“ dar, während die „Erdrutschwahlen“ des Jahres 2002 von ihnen als Aufsehen erregender Bruch bewertet werden.²⁰⁷ Jahrzehntlang galt Österreich als eines der Länder mit ausnehmend geringer Wählerfluktuation zwischen den Parteien. Wechselten im Jahr 1975 nach eigenen Angaben lediglich drei Prozent der Wähler ihr Verhalten, so stellen die 24 Prozent Wechselwähler des Jahres 2002 einen in Österreich einsamen Rekord dar. Hinzu kam ein hoher Anteil von 23 Prozent sich erst spät im Wahlkampf entscheidenden Wählern. Dieser Anteil der so genannten *late deciders* lag 1975 noch bei lediglich fünf Prozent.²⁰⁸

Der „Jahrhundertstrom“²⁰⁹ von abwandernden Wählern ergoss sich vor allem aus den Reservoirs der FPÖ in diejenigen der ÖVP. Die Wahlforscher beziffern die Abwanderungsbewegung auf über 600.000 Stimmen, die auf diesem Weg an die ÖVP gingen. Insgesamt verlor die FPÖ mehr als die Hälfte ihrer Wähler an den Koalitionspartner und konnte lediglich eine Behalterate von 29 Prozent verbuchen, weswegen Christoph Hofinger, Günther Ogris und Eva Thalhammer zu Recht von einer „Implosion der Freiheitlichen Partei“ sprechen.²¹⁰

Der Verlust von fast 17 Prozentpunkten bedeutete für die FPÖ ein Zusammenschrumpfen auf wenig mehr als ein Drittel ihrer vormaligen Stärke. Innerhalb von nicht einmal zwei Jahren in der Regierung fiel die FPÖ vom zwischenzeitlichen Status einer Mittelpartei auf das Niveau einer Kleinpartei zurück. Mit fast exakt zehn Prozent Wählerstimmenanteil rangierten die Freiheitlichen nur noch einen halben Prozentpunkt bzw. einen Abgeordnetensitz vor den erstarkenden Grünen, die ihr Ergebnis um

²⁰⁶ Hierzu Plasser/Ulram/Seeber: *Erdrutschwahlen: Momentum, Motive und neue Muster im Wahlverhalten*, in: Fritz Plasser u. Peter A. Ulram (Hrsg.): *Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002*, Wien 2003, S. 97-157, S. 101.

²⁰⁷ Ebd., S. 97f.

²⁰⁸ Zahlen aus Plasser/Ulram/Seeber: *Erdrutschwahlen: Momentum, Motive und neue Muster im Wahlverhalten*, in: Fritz Plasser u. Peter A. Ulram (Hrsg.): *Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002*, Wien 2003, S. 97-157, S. 101f.

²⁰⁹ Vgl.: Christoph Hofinger, Günther Ogris u. Eva Thalhammer: *Der Jahrhundertstrom: Wahlkampfverlauf, Wahlmotive und Wahlströme im Kontext der Nationalratswahl 2002*, in: Fritz Plasser u. Peter A. Ulram (Hrsg.): *Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002*, Wien 2003, S. 159-190.

²¹⁰ Ebd., S. 172f.

zweieinhalb Prozentpunkte gegenüber 1999 ausbauen konnten. Bemerkenswert erscheint beim Vergleich der beiden Parteien, dass im Ausgang dieser Nationalratswahl mehr als die Hälfte der Grünen-Wähler bekundeten, die Persönlichkeit des Spitzenkandidaten Van der Bellen habe ausschlaggebend zur Wahlentscheidung beigetragen, während die Persönlichkeit des FPÖ-Spitzenkandidaten Haupt für lediglich 15 Prozent seiner Wähler eine bedeutende Rolle gespielt habe.²¹¹ Dieser Befund dürfte sowohl mit der fehlenden Strahlkraft Herbert Haupts als auch mit der möglicherweise unersetzbaren Aura Jörg Haiders zu erklären sein. Jedenfalls stand man im Lager der Freiheitlichen vor einem Scherbenhaufen, den zusammenzukehren man an der Partebasis wohl am ehesten Jörg Haider zugetraut hätte. Doch dieser sollte eine andere Strategie verfolgen.

Der Führer verlässt die Seilschaft

Die strategische Entscheidung der ÖVP nach langen Verhandlungen mit allen anderen Parteien, die Koalition mit einem derart geschwächten Partner fortzusetzen, resultierte nicht zuletzt daraus, dass man der FPÖ in diesem Zustand die geringsten Zugeständnisse machen musste. Im Gegensatz zur Premiere rief diese Neuauflage der Koalition sowohl international als auch national kaum ein Echo hervor. Allerdings schrieb sie das Dilemma der Freiheitlichen fort, sich einerseits als Regierungspartei andererseits als Fundamentaloppositionspartei profilieren zu müssen. Die Anhängerschaft versagte der Partei bei allen folgenden Landtagswahlen die Gefolgschaft, so dass die FPÖ 2003 in Nieder-, Oberösterreich und Tirol jeweils deutlich mehr als die Hälfte ihres Stimmanteils einbüßte.

Einen entscheidenden Beitrag zur Misere der FPÖ leistete unter anderem der fortwährend herrschende Führungsstreit. Der kritisierte und wenig erfolgreiche Parteivorsitzende Haupt weigerte sich im Sommer 2003 sein Amt an Haider abzugeben, als dieser sich anbot, die Parteiführung zu übernehmen. Zwar musste Haupt sich dem Druck der Gruppe um Haider schließlich beugen; doch es war nicht der Kärntner Landeshauptmann selbst, sondern seine Schwester Ursula Haubner, die zunächst das Amt einer geschäftsführenden Parteibefragten übernahm und im Juli 2004 auf einem weiteren außer-

²¹¹ Zahlen aus Plasser/Ullrich/Seiber: *Erdbebenwahlen: Momentum, Motive und neue Muster im Wahlverhalten*, in: Fritz Plasser u. Peter A. Ullrich (Hrsg.): *Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002*, Wien 2003, S. 97-157, S. 142f.

ordentlichen Parteitag Herbert Haupt ablöste. Hubert Sickinger konstatiert, dass Haider „bei großen Teilen der Funktionärsbasis, die nun zum zweiten Mal erfolglos auf seine Rückkehr [an die Parteispitze] gedrängt hatten, seinen Nimbus als Hoffnungsträger endgültig verloren“ habe.²¹² Andererseits gelang es Haider durch die Wahrung dieser Distanz von der Wiener Bühne seine Position in Kärnten zu stärken. Über stille Kanäle konnte er Einfluss auf die nationale Politik nehmen, während er die Arbeit der ÖVP/FPÖ-Regierung lautstark kritisieren konnte, um sich im Wahlkampf einen oppositionellen Anstrich zu geben. Diese Strategie Haiders ging auf.

Während bei den 2004 in Salzburg und Vorarlberg abgehaltenen Wahlen die FPÖ das gleiche Schicksal ereilte wie bei den Landtagswahlen des Jahres 2003, konnte Jörg Haider in Kärnten den Stimmenanteil seiner Partei sogar leicht ausbauen. Er wurde im Amt des Landeshauptmanns bestätigt und konnte so gestärkt zum „Befreiungsschlag“ ausholen.²¹³

Dieser bestand in der Neugründung des „Bündnisses Zukunft Österreich“ (BZÖ). Mit Heinz-Christian Strache, dem Obmann der Wiener Landespartei, war Haider ein nicht zu unterschätzender Konkurrent erwachsen. Zudem war die FPÖ, nicht zuletzt aufgrund des spesenkostenintensiven Auftretens ihrer Führungsriege, in Finanznot geraten. Beider Probleme wurde Jörg Haider auf einen Streich ledig, als er sich an der Spitze des BZÖ neu zu positionieren suchte. Weltoffen, ideologisch unbelastet und konstruktiv regierend sollte sich das BZÖ präsentieren. Der überwiegende Teil der Regierungsmitglieder schloss sich der neuen Partei an. Doch die Trennung von der FPÖ schadete dieser kaum. Der Exodus aus der FPÖ in das BZÖ hielt sich in Grenzen, und aufgrund fehlender organisatorischer Strukturen kam das BZÖ bei den folgenden Landtagswahlen in Wien und der Steiermark nicht über den Rang einer Splitterpartei hinaus. Hatte Haider seine Anziehungskraft überschätzt?

Unter der Führung Straches gelang der FPÖ, nunmehr frei von der Notwendigkeit einer Rücksichtnahme auf Regierungsverantwortung, sich bei den Nationalratswahlen 2006 auf elf Prozent Stimmanteil zu verbessern. Doch auch Haiders BZÖ zog mit knapp über vier Prozent in den Nationalrat ein. So konnte das geteilte „dritte Lager“ seinen Gesamtstimmenanteil wieder ausbauen und einen Teil seiner Verluste wettma-

²¹² Hubert Sickinger: *Jörg Haider*, in: Pelinka/Sickinger/Stögner 2008, S. 111-225, S. 217f.

²¹³ Ebd., S. 218.

chen. Doch mit der erneuten Bildung einer großen Koalition unter Alfred Gusenbauer (SPÖ) endete die Phase seiner Regierungsbeteiligungen. Dass sowohl FPÖ als auch BZÖ ihren Stimmanteil bei der nur zwei Jahre später folgenden Wahl nach Streitigkeiten in der großen Koalition erneut um jeweils mehr als sechs Prozent ausbauen konnten, änderte nichts an der Formation der Regierung. Es regierte, wie in so vielen Jahren der Zweiten Republik, wieder eine große Koalition der beiden enorm geschrumpften Partner Sozialdemokratie und Christlichsozialer mit jeweils unter 30 Prozent Stimmanteil.

3.3 Jähes Ende einer Bergtour – Zwischenbilanz des Absturzes

Jörg Haider blieb der Gipfel versagt. Als Juniorpartner war er nicht bereit, in die Regierung einzutreten. Als Spiritus Rector hielt er die Fäden der FPÖ dennoch die meiste Zeit über in den Händen. Mit dem Absturz der FPÖ in der Wählergunst nach dem Regierungseintritt, der Abspaltung des BZÖ von der FPÖ und dem Ende der Regierungstätigkeit des „dritten Lagers“ blieb sein Weg ins Kanzleramt unvollendet. Ob sein politisches Talent ausgereicht hätte, um einen neuen Anlauf erfolgreich zu starten, muss wegen seines Unfalltodes im Oktober 2008 offen bleiben.

Hier soll eine Analyse des Charakters von Haiders Populismus und dessen Auswirkungen auf den österreichischen Verfassungsstaat erfolgen.

Charismatische Führungspersönlichkeit

Die Erfolge Jörg Haiders an der Spitze der FPÖ sind ohne einen Blick auf seine Persönlichkeit und seine Biografie wahrscheinlich nur unzureichend zu erklären. Eine ganze Reihe von Autoren haben über den um die Jahrtausendwende wahrscheinlich bekanntesten österreichischen Politiker Monografien verfasst.²¹⁴ Die unselbstständig erschienenen Artikel sind Legion. Eine gesonderte Stellung nehmen darüber hinaus diejenigen Publikationen ein, welche sich als Belegsammlungen für die Äußerungen des sowohl lautstarken als auch lautstark kritisierten Populisten verstehen.²¹⁵

Dass Haider sich selbst als Populist verstand, ist in seinen eigenen Schriften nachzulesen.²¹⁶ Aus dem bereits zum Kapitelbeginn zitierten Interview in einer der Belegsammlungen stammt die folgende Antwort Haiders, aus welcher hervorgeht, dass er selbst

²¹⁴ So beispielsweise: Brigitte Bailer-Galanda: *Haider wörtlich. Führer in die Dritte Republik*, Wien 1995; Hans-Henning Scharsach: *Haiders Kampf*, Wien 1992; ders.: *Haiders Clan. Wie Gewalt entsteht*, Wien 1995; Christa Zöchling: *Haider. Eine Karriere*, Wien 1999.

²¹⁵ Beispielhaft hierfür: Gudmund Tributsch (Hrsg.) *Schlagwort Haider. Ein politisches Lexikon seiner Aussprüche von 1986 bis heute*, Wien 1994; Hubertus Czernin (Hrsg.): *Wofür ich mich meinetwegen entschuldige. Haider beim Wort genommen*, Wien 2000; sowie Alfred Worm: *Ein Streitgespräch mit Jörg Haider*, Wien 2005.

²¹⁶ Jörg Haider: *Die Freiheit, die ich meine. Das Ende des Proporzstaates. Plädoyer für die Dritte Republik*, Frankfurt a. M./Berlin 1994, S. 54.

das Etikett „Populismus“ nicht nur annahm sondern auch als eine positive Auszeichnung verstanden wissen wollte:

Populismus wird gern als Schimpfwort für volksverbundene Politiker verwendet, deren Erfolg darin besteht, ihre Stimme für die Bürger zu erheben und ihre Stimmung zu treffen. Ich habe daher diese Bezeichnung immer als Auszeichnung empfunden.

*Jörg Haider*²¹⁷

Dass von der Person Jörg Haider ganz offensichtlich eine Faszination ausging, dass er in der Lage war, Einzelne und Gruppen in Bann zu schlagen zeichnet sich deutlich – auch an den Äußerungen seiner Gegner – ab. So wird dieses Faszinosum augenscheinlich bei der Einleitung des selbst bekennenden Haider-Gegners Alfred Worm: In der Einleitung zu seiner Streitschrift berichtet er von den Umständen, unter denen das Buch entstand und nennt in diesem Zusammenhang die Gesprächszeit mit Haider angespannt und spannend zugleich.²¹⁸ Anschaulicher weiß Christa Zöchling von der Selbstinszenierung Haiders und seiner Gefolgsleute zu berichten. So gerieten die Bemühungen der Autorin um Interviewtermine zu einer zermürbenden Jagd und die Gespräche selbst wurden vom Haider-Clan zu Audienzen stilisiert.²¹⁹

Diese Selbstinszenierung Haiders spielte für den Aufstieg der FPÖ unter seiner Führung zweifellos eine gewichtige Rolle. Der neue Führer einer Bewegung krepelte die Partei nach seinen Wünschen um und richtete sie auf sich selbst als charismatische Führungspersonlichkeit aus. Innerparteilich opponierende Funktionäre wurden zu Gunsten seiner Mitstreiter konsequent entmachtet. Die persönliche Beziehungsebene und Gefolgschaften überlagerten fixierte Satzungen, Richtlinien und Programmatiken. Der zweifelsohne begabte Redner und versierte Schauspieler nutzte den öffentlichen Auftritt und die publikumswirksame Rede, um sich bei Freund und Feind stets in aller Munde zu halten.

²¹⁷ Alfred Worm: *Ein Streitgespräch mit Jörg Haider*, Wien 2005, S. 9.

²¹⁸ Ebd., S. 7f.

²¹⁹ Christa Zöchling: *Haider. Eine Karriere*, Wien 1999, S. 227-230.

Ideologe oder Stimmenmaximierer?

Übereinstimmend vermuten Beobachter hinter Jörg Haiders Auftritten einen beherrschenden Drang zur Macht. Sowohl die Journalistin Hella Pick²²⁰ als auch der Künstler Hermann Nitsch²²¹ attestierten ihm eine Gier nach Macht, welche seine ideologischen Ansprüche überstiegen habe:

Er [Jörg Haider] war nur Populist und machtgierig und versicherte sich durch Naziphrasen seiner Grundschar, um sich dann durch Ausländerfeindlichkeit und ökonomische Versprechungen an die kleinen Leute heranzumachen.

*Hermann Nitsch*²²²

Mit dieser Auffassung befinden sich die beiden Vorgenannten auf Seiten der Mehrheit der Analytiker von Haiders Persönlichkeit. So führen Hubert Sickinger und Karin Stögner „Einschätzungen von temporären Weggefährten und FPÖ-Insidern“ an, um Haider nicht einen Ideologen sondern einen unter der „Prämisse der Wählerstimmenmaximierung“ Handelnden zu nennen.²²³ Nicht zuletzt seine zahlreichen Kehrtwenden bestärken den Eindruck, dass wichtiger noch als das Beharren auf ideologischen Standpunkten die Sicherung des eigenen Vorankommens und die Verfolgung des eigenen Erfolgsanspruches gewesen sein dürfte. Dennoch haben Autoren wie Christa Zöchling und Gerhard Hertel auf seine Herkunft aus einem nationalsozialistisch geprägten Elternhaus verwiesen²²⁴ und eine unkritische Übernahme nationalistischen und antisemitischen Gedankengutes konstatiert. Hubert Sickinger und Karin Stögner sehen seine familiäre Herkunft als „partielle Erklärung“ für spätere Sichtweisen und Indiz für

²²⁰ Hella Pick: *Lueger und Haider oder Die verführerische Kraft des Populismus*, in: Hans-Henning Scharsach (Hrsg.): *Haider. Österreich und die rechte Versuchung*, Reinbek bei Hamburg 2000, S. 270-279.

²²¹ Hermann Nitsch und Jörg Haider verband eine tiefe, gegenseitige Abneigung, die sich in zahlreichen, zum Teil gerichtlich ausgetragenen, Auseinandersetzungen niederschlug. Beispielhaft genannt sei die Beschreibung von Nitschs Werken als „ästhetisches Grundempfinden von Menschen verhöhnend“ in: Jörg Haider: *Die Freiheit, die ich meine*, Frankfurt a. M./Berlin 1994, S. 85. Die Auseinandersetzung wird wieder aufgenommen im Rahmen der Kritik an der österreichischen Kulturpolitik. A.a.O.: S. 226-228.

²²² Hermann Nitsch: *Zur politischen Lage in Österreich*, in: Hans-Henning Scharsach (Hrsg.): *Haider. Österreich und die rechte Versuchung*, Reinbek bei Hamburg 2000, S. 243-249, S. 245; Anpassung an deutsche Rechtschreibung von HS.

²²³ Anton Pelinka, Hubert Sickinger u. Karin Stögner (Hrsg.) *Kreisky – Haider. Bruchlinien österreichischer Identitäten*, Wien 2008, S. 223.

²²⁴ Christa Zöchling: *Haider. Eine Karriere*, Wien 1999, S. 28-54; Gerhard Hertel: *Populisten auf dem Vormarsch? Analyse der Wahlsieger in Österreich und der Schweiz*, München 2000, S. 9-11.

„einen Glauben an die eigene Propaganda.“²²⁵ Im Widerspruch zu den dokumentierten hetzerischen Ausfällen und nationalen, antisemitischen oder xenophoben Parolen stehen Jörg Haiders Bekenntnisse zum freiheitlichen Rechtsstaat und seine Absage an totalitäre Herrschaft.²²⁶ Dagegen schließt Brigitte Bailer-Galanda ihr Werk zu Jörg Haider mit dem Urteil, seine immer wieder betonte Distanzierung vom Rechtsextremismus erweise sich im Licht der von ihr angeführten Kontakte und Verbindungen als unzutreffend und nur von tagespolitischer Opportunität diktiert.²²⁷ Die Zahl der zitierbaren Belege für seine radikale Gesinnung ist dank der oben erwähnten Sammler und Kommentatoren seiner Aussprüche zwar erdrückend; aber beinahe ebenso lang ist die Liste von Haiders Widerruf, Korrekturen und Ausweichmanövern.

Wie fest seine emotionale bzw. seine rationale Verwurzelung im rechtsextremen Milieu tatsächlich war und inwieweit Haider mit seinen zweifelsohne radikalen Aussprüchen lediglich Ressentiments seiner Zuhörer bediente, um sich ihrer Gefolgschaft zu versichern, wird nicht endgültig zu ergründen sein; doch es spricht einiges dafür, dass die Einschätzungen von Hubert Sickinger und Karin Stögner bezüglich seiner „geschichtsrevisionistischen Grenzüberschreitungen“ und „extrem polarisierenden Oppositionspolitik“ zutreffend sind.²²⁸ Demnach ist „plausibel, dass er diese eigene Propaganda auch selbst geglaubt“ hat.²²⁹ Er setzte diese Überzeugungen jedoch ebenso gezielt zur Stimmenmaximierung ein, wie er sie aus demselben Grund (vordergründig) leugnete.

Zuwachs im Parteiensystem

Auch nach dem Unfalltod Jörg Haiders am 11. Oktober 2008 bleibt die Bilanz seines Wirkens in der österreichischen Politik eine vorläufige. Sein Auftritt und Aufstieg haben zweifellos zu einer Veränderung der Parteienlandschaft in der Alpenrepublik beigetragen. „Mehr Parteien, mehr Wettbewerb, mehr Demokratie?“ fragen Anton Pelinka und Siegrinde Rosenberger folgerichtig in Bezug auf die seit 1999 stattgefundenen Wahlen in

²²⁵ Anton Pelinka, Hubert Sickinger u. Karin Stögner (Hrsg.) *Kreisky – Haider. Bruchlinien österreichischer Identitäten*, Wien 2008, S. 224.

²²⁶ Jörg Haider: *Die Freiheit, die ich meine. Das Ende des Proporzstaates. Plädoyer für die Dritte Republik*, Frankfurt a. M./Berlin 1994, S. 25, S. 44-50 oder auch S. 135.

²²⁷ Brigitte Bailer-Galanda: *Haider wörtlich. Führer in die Dritte Republik*, Wien 1995, S. 180.

²²⁸ Anton Pelinka, Hubert Sickinger u. Karin Stögner (Hrsg.) *Kreisky – Haider. Bruchlinien österreichischer Identitäten*, Wien 2008, S. 224.

²²⁹ Ebd.

Österreich.²³⁰ Haider's Übernahme der Führung der FPÖ hat der ehemaligen Kleinpartei ungekannte Wahlerfolge beschert und die Zeit der großen Koalitionen unterbrochen. Fraglich bleibt die Nachhaltigkeit dieser Veränderungen. So muss der vom BZÖ errungene Gewinn der Landtagswahl in Kärnten unter seinem Nachfolger Gerhard Dörfler als postmortaler Erfolg Haider's gewertet werden, dessen Fortschreibung ungewiss erscheint.

Jedenfalls hat die Abspaltung des BZÖ im Jahr 2005 für eine zusätzliche Kraft im Nationalrat gesorgt und damit das Mehrparteiensystem Österreichs um eine zusätzliche Komponente erweitert. Es bleibt abzuwarten, ob das BZÖ den Verlust seiner Galionsfigur verkraften wird. Ein völliges Verschwinden des „Haider-Wahlvereins“ ist ebenso wenig auszuschließen, wie eine Reunion mit der FPÖ nach dem Wegfall der persönlichen Animositäten zwischen den Parteiführern. Programmatisch weisen die beiden Parteien jedenfalls so starke Parallelen auf, dass sich das BZÖ-Programm „Ziele, Ideen und Visionen“²³¹ streckenweise wie ein Exzerpt aus dem gültigen Parteiprogramm²³² der FPÖ liest.

Auch für die traditionsreichere und daher wohl tiefer in einer Stammwählergruppe verwurzelte FPÖ lassen sich Überlegungen bezüglich ihrer Zukunftsfähigkeit anstellen. Über den personellen Aderlass und die programmatische Neuorientierung hinaus stellte die Ausrichtung der Partei auf ihre neue Führungsfigur, Jörg Haider, im Jahr 1986 eine einschneidende Zäsur dar. Die medien- bzw. öffentlichkeitswirksamen Auftritte Haider's ließen die Partei in den Schatten ihres neuen charismatischen Führers treten. Er, ein Mann des Volkes, der sich traute, gegen die etablierten Kräfte aufzubegehren, nicht die Partei, rief den Kampf gegen das Establishment aus und focht ihn. Unterstützung in Form von Wählerstimmen generierte Haider nicht ausschließlich im Milieu der Protestwähler oder am rechten Rand sondern aus zum Teil weit verstreuten Lagern. Detaillierte Wahlanalysen²³³ zeigen, wie die FPÖ unter ihrem neuen Vorsitzenden durch gezieltes

²³⁰ Anton Pelinka und Sieglinde Rosenberger: *Österreichische Politik. Grundlagen – Strukturen – Trends*, Wien 2007, S. 187-191.

²³¹ http://www.bzoe.at/index.php?content=bzoe_programm (27.03.09)

²³² http://www.fpoe.at/fileadmin/Contentpool/Portal/PDFs/Parteiprogramme/Parteiprogramm_dt.pdf (27.03.09)

²³³ Für die Nationalratswahl 1986 vgl.: Fritz Plasser u. Peter A. Ulram: *Der reaktive Wähler. Zur Analyse der Nationalratswahl 1986*, in: *Journal für Sozialforschung*, 27 (1987), H.2 Die Nationalrats-Wahlen der 90er Jahre untersuchen Plasser/Ulram/Sommer: *Das österreichische Wahlverhalten*, Wien 2000; hier besonders: Plasser/Ulram: *Rechtspopulistische Resonanzen: Die Wählerschaft der FPÖ*, S. 225-242. Daneben: Christoph Hofinger u. Günther Ögris: *Wie treu sind blaue Wählerherzen? Eine statistische Analyse des Wahlverhaltens der*

Aufgreifen von Ressentiments, Einsatz von Anti-Establishment-Polemik und Selbstinszenierung als Bewegung des „kleinen Mannes“ in der Phase der „populistischen Stimmenmaximierung“²³⁴ bis zum Regierungseintritt Wählerpotentiale erschließen konnte, die weit ab von der weiterhin bedienten nationalistischen Klientel lagen.

Für diese Erfolge zeichnete eine Reihe von exogenen Entwicklungen mitverantwortlich. Der Fall des Eisernen Vorhangs, die Flüchtlingsströme in Folge der Balkankriege, die gewonnene Freizügigkeit und die Öffnung der Arbeitsmärkte im Rahmen der Vertiefung der europäischen Integration warfen für das zentral in Europa gelegene Österreich Spannungsfelder auf, die Haider zu Bedrohungsszenarien stilisieren und sich so nutzbar machen konnte.

Die FPÖ fand, bedingt durch die charismatische Führungsfigur Haider, zusätzlich den Zuspruch von Persönlichkeitswählern und profitierte von der Krise der großen Volksparteien ÖVP und SPÖ mit einem hohen Anteil an der gewachsenen Gruppe der Wechselwähler. Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang die überproportionale Zustimmung im Arbeiterlager²³⁵ und die Tatsache, dass die Wählerschaft der FPÖ über weite Strecken männlich dominiert war.²³⁶ Die Schere zwischen männlichen und weiblichen Wählern klappte in der Zeit bis 1999 bei keiner anderen Partei so weit auseinander wie bei der FPÖ. Kurt Richard Luther zeigt auf, dass sich das Verhältnis von 60 zu 40 Prozent 1986 auf 53 zu 47 Prozent bei den Nationalratswahlen 2006 inzwischen jedoch beinahe angeglichen hat.²³⁷

Dass die FPÖ nach dem Ausscheiden ihres einstigen Parteiführers nicht in der Bedeutungslosigkeit verschwand und bei vergangenen Wahlen – ebenso wie das BZÖ – Stimmenzugewinne verbuchen konnte, spricht für die feste Verwurzelung der Partei im so

FPÖ-Wähler bei den österreichischen Nationalratswahlen in den neunziger Jahren, in: Plasser/Gabriel/Falter/Ullrich 1999, S. 129-144.

²³⁴ Vgl. Kurt Richard Luther: *Wahlstrategien und Wahlergebnisse des österreichischen Rechtspopulismus, 1986-2006*, in: Plasser/Ullrich (Hrsg.): *Wechselwahlen*, Wien 2007, S. 231-254, hier: S. 242-247.

²³⁵ Hofinger/Ogris/Thalhammer weisen nach, dass viele SPÖ-Wähler sich der FPÖ als neuer Vertreterin der Arbeiter zuwandten, um bei der Erdrutschwahl von 2002 zur ÖVP zu wechseln. Hofinger/Ogris/Thalhammer: *Der Jahrhundertstrom*, in: Plasser/Ullrich (Hrsg.): *Wahlverhalten in Bewegung*, Wien 2003, S. 159-189, hier: S. 177-179.

²³⁶ Kurt Richard Luther: *Wahlstrategien und Wahlergebnisse des österreichischen Rechtspopulismus, 1986-2006*, in: Plasser/Ullrich (Hrsg.): *Wechselwahlen*, Wien 2007, S. 231-254.

²³⁷ Ebd., S. 246.

genannten Dritten Lager. Der Schatten Haider war nicht lang genug, um die Traditionspartei in eine Abhängigkeit auf Gedeih und Verderb zu drängen.

Von aktueller Warte aus sind das Erstarken der FPÖ unter Haider und die damit einhergehende Veränderung des Parteiengefüges als bedeutende Zäsuren zu interpretieren. Das von konkordanzdemokratischen Zügen geprägte Gefüge der österreichischen Politik hatte sich im Angesicht von „tiefgreifenden ökonomischen und sozialstrukturellen Veränderungen“²³⁸ zunächst als reformresistent erwiesen. Das „System der Pfründewirtschaft“, welches den Zugang zu Ämtern und Posten regelte, und der „politische Immobilismus“ der Großen Koalition lösten Unzufriedenheit und indirekt eine Veränderung des Parteiengefüges aus.²³⁹ Die in Österreich von sehr hohem Niveau ausgehende stark rückläufige Entwicklung der Parteibindungen und Parteiidentifikation,²⁴⁰ begünstigte das Wachstum des Zuspruchs für die FPÖ. Es gelang ihr, im Gegensatz zu SPÖ und ÖVP, in den neunziger Jahren ihre Stammwählerschaft auszubauen²⁴¹ und zu einer starken dritten Kraft auf der politischen Bühne Österreichs aufzusteigen. Das Liberale Forum, hervorgegangen aus dem Ringen um den richtigen Kurs der FPÖ, blieb zwar ein ephemeres Phänomen, doch die Querelen innerhalb der Partei führten bekanntlich zu einer weiteren Abspaltung. Bei der Sezession des BZÖ hatte der Zuspruch Haider bereits seinen Höhepunkt überschritten. Die fehlende Umsetzung vollmundiger Ziele, auch aufgrund der Zwänge in Koalitionsregierungen, holten sowohl die Funktionäre der Partei als auch die Anhänger auf den Boden einer harten Realität zurück. Die angestiegene Wechselbereitschaft der Wähler ließ diese Haider's Lager in der Folge der Enttäuschungen im Rahmen der Regierungsbeteiligung noch schneller verlassen als sie ihm zugeströmt waren. Zweifelsohne trugen auch die auf breiter nationaler wie auch internationaler Front vorgebrachten Vorbehalte gegen den populistischen Führer mit dem virulenten, extremistischen Impetus zu einer Entzauberung des Erfolgsmotors aus Kärnten bei.

²³⁸ Lothar Probst: *Jörg Haider und die FPÖ: Anmerkungen zum Rechtspopulismus in Österreich*, in: Werz 2003, S. 113-125, S. 115.

²³⁹ Ebd.

²⁴⁰ Siehe dazu u.a.: Peter Gluchowski u. Fritz Plasser: *Zerfall affektiver Parteibindungen in Deutschland und Österreich*, in: Plasser/Gabriel/Falter/Ullrich 1999, S. 3-29.

²⁴¹ Hofinger und Ogris bezifferten 1999 die Stammwähler der FPÖ auf über eine halbe Million, das Wählerpotenzial auf eineinhalb Millionen, was ca. zehn bzw. dreißig Prozent der österreichischen Wahlberechtigten entsprach; in: Plasser/Gabriel/Falter/Ullrich 1999, S. 138f.

Doch alles beim Alten?

Im Jahr 2008 trat nach 2006 bereits die zweite große Koalition in Folge an, um die Regierungsgeschäfte Österreichs in die Hände zu nehmen. Doch der Augenschein trügt: Nach dem Tod Haider ist Österreich weiter entfernt von seinem Status ante als es der erste Blick glaubend machen möchte. Der Schwund an Wählerstimmen in den Lagern von SPÖ und ÖVP hat enorme Ausmaße angenommen. Die Erosion der ehemals großen Volksparteien scheint unumkehrbar, so dass das ehemalige Zweieinhalbparteiensystem wohl kaum eine Renaissance erfahren wird. Diese Veränderung ist jedoch keineswegs der FPÖ oder dem Wirken Ihres einstigen Führers alleine zuzuschreiben. Vielmehr gilt es eine Reihe anderer Faktoren zu berücksichtigen, welche zwar zum Teil zeitlich mit dem Erstarren der FPÖ zusammenfallen jedoch kaum im Sinne eines Ursache-Wirkungs-Prinzips mit deren Aufstieg korrelieren.

Europaweit sind zum Ende der 1970er und im Verlauf der 1980er Jahre Parteien auf die nationalen Bühnen getreten, welche Ideen und Positionen der Umweltbewegungen in die Parlamente und nationalen Gesetzgebungen getragen haben. Dieser Aufwuchs der Zahl der Spieler in Mehrparteiensystemen hat mit dem Aufkommen der Grünen und deren Etablierung in den österreichischen Nationalräten der vergangenen Jahrzehnte in Österreich seine Entsprechung gefunden. Darüber hinaus hat sich in der österreichischen Politik jedoch auch ein fundamentaler Wandel der Rolle des Staates in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik vollzogen. Anton Pelinka und Sieglinde Rosenberger sehen in der Abkehr vom „Austrokeynesianismus“ hin zu einem „schlanken Staat“ einen Paradigmenwechsel, welcher sich seit den 1990er Jahren abzeichne.²⁴² Die Abgabe öffentlicher Aufgaben und Leistungen an private Träger gründete dabei einerseits in den wenig erfolgreichen Erfahrungen der 1980er Jahre, in denen das österreichische Wirtschaftswachstum gering ausfiel und staatliche Betriebe teilweise sogar einen stärkeren Abbau von Arbeitskräften verzeichnen mussten als private Unternehmen. Andererseits spielten auch die Kriterien, welche die Europäische Union für die Aufnahme neuer Mitglieder 1993 in Maastricht formuliert hatte, eine Rolle bei der Entwicklung und Umsetzung des staatlichen Funktionswandels. Der 1999 folgende Stabilitätspakt für die europäische Gemeinschaftswährung trug weiterhin dazu bei, die staatlichen Ausgaben und Neuverschuldungen einzugrenzen. SPÖ und ÖVP zerstritten sich 1995 über den haushaltspoli-

²⁴² Anton Pelinka und Sieglinde Rosenberger: *Österreichische Politik. Grundlagen – Strukturen – Trends*, Wien 2007, S. 52.

tischen Kurs und die Ausgestaltung der als „Sparpakete“ bezeichneten Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung.²⁴³ Es muss Spekulation bleiben, ob auch eine große Koalition sich zu dem Regierungsziel einer Nullneuerschuldung bekannt und dies auch tatsächlich ernsthaft verfolgt hätte, so wie es im Jahr 2000 die Koalition aus ÖVP und FPÖ tat. Dennoch traf nicht zuletzt in Folge der seit 2008 grassierenden Finanz- und Wirtschaftskrise auch Österreich im Jahr 2009 das EU-Defizitverfahren. Das Haushaltsdefizit betrug mehr als drei Prozent des BIP, und die Gesamtverschuldung stieg auf 70 Prozent der Gesamtwirtschaftsleistung, was den höchsten Wert der Nachkriegszeit darstellt.

Mit dem Rückbau des staatlichen Engagements in den Wirtschaftsprozessen ging ein Bedeutungsverlust der beiden großen Volksparteien einher. Diese hatten sich in den Jahrzehnten seit dem Zweiten Weltkrieg als einflussreiche Schleusenwärter positionieren können. Sie regelten den Zugang zu Funktionen und Positionen und konnten ein bedeutendes Patronagepotential entfalten. Mit dem Schwund dieses Einflusses durch die fortschreitenden Privatisierungswellen setzte ein Verlust an Bindungskraft ein. Die Klientel und Stammwählerschaft verloren ihre Loyalität auch weil ÖVP und SPÖ nicht länger in der Lage waren, Treue durch Ämter, Pfründen und Posten zu vergelten.²⁴⁴

Ein weiteres und wesentliches Motiv, welches ebenfalls in einer ganzen Reihe vergleichbarer europäischer Staaten beobachtbar ist, stellt die ganz allgemeine Abnahme von Lagerbindungen in weiten Bevölkerungsteilen dar. Die Erosion oder gar vollständige Auflösung ehemals fest gefügter sozialer Milieus stellt eine europaweit verbreitete Parallele in der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung dar. Österreich bildet hier keine Ausnahme, sondern sieht sich als Folge der gesellschaftlichen Wandlungsprozesse mit einer höheren Volatilität der Wählerschaft und dem Wachstum des Prozentsatzes der Wechselwähler konfrontiert. Die hiermit korrelierende Zunahme der Bedeutung der Medien in den Wahlkämpfen²⁴⁵ und der Vermittlung von Politik stellt die etablierten Spieler vor

²⁴³ Anton Pelinka und Sieglinde Rosenberger: *Österreichische Politik. Grundlagen – Strukturen – Trends*, Wien 2007, S. 55.

²⁴⁴ Pelinka/Rosenberger 2007, S. 55f.

²⁴⁵ Exemplarisch für die Bedeutung der Massenmedien in den österreichischen Wahlkampf: Fritz Plasser, Peter A. Ulram und Franz Sommer: *Mediahypes und Einfluss der TV-Konfrontationen 2002*, in: Fritz Plasser und Peter A. Ulram (Hrsg.): *Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002*, Wien 2003, S. 19-53; Günther Pallaver und Clemens Pig: *Medienzentrierter Wahlkampf: Themen und Kandidaten in der Wahlkampfberichterstattung 2002*, in: a.a.O., S. 55-93; Fritz Plasser u. Peter A. Ulram: *Wählerbewegungen und Parteikampagnen im Nationalratswahlkampf 2006*, in: Dies. (Hrsg.): *Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006*, Wien 2007, S. 19-37; Andreas Lederer: „It's advertising, stupid!“ – *Strategien und Praktiken politischer Werbung im Nationalratswahlkampf 2006*, in: a.a.O., S. 39-79; Günther Lengauer, Günther Pallaver und Clemens Pig: *Redaktionelle Politikvermittlung in österreichischen Wahlkämpfen, 1999-2006*, in: a.a.O., S. 103-151.

neue Herausforderungen und bedeutet für neue Kräfte auf der politischen Bühne ein Chancenpotential.

Die Alpenrepublik als Beute der Populisten?

Hat Jörg Haider mit seiner Übernahme der FPÖ und seiner eigenen Positionierung als Zentralfigur der österreichischen Politik den Weg in eine neue Republik bereitet? Die Nationalratswahlen des Jahres 2008 lassen einen solchen Schluss auf den ersten Blick nicht völlig abwegig erscheinen. Vergleicht man die Kräfteverhältnisse in der folgenden Parlamentszusammensetzung mit denen der 1960er und 1970er Jahre, so ist der Unterschied eklatant. Wie oben aufgezeigt, können die einschneidenden Veränderungen in der Parteien- und parlamentarischen Landschaft jedoch nicht monokausal erklärt werden. Der „Rechtsruck“ bei den letzten Nationalratswahlen mit Stimmenzugewinnen sowohl im Lager der FPÖ als auch des BZÖ dürfte zudem weniger auf einen nachhaltigen Gesinnungswandel in der Bevölkerung zurückzuführen sein als vielmehr auf die von Verfahrenheit, Blockaden und persönlichen Auseinandersetzungen geprägte Performanz der gescheiterten Koalition von 2006. Das Wahlergebnis hatte die Neuauflage dieses Bündnisses in Anbetracht der ablehnenden Haltung in den ehemals großen Volksparteien gegenüber FPÖ und BZÖ alternativlos erscheinen lassen. Daher musste der Wahlsieger Werner Faymann an der Spitze der SPÖ mit verändertem Personal einen neuen Anlauf starten. Er steht der kleinsten Großen Koalition vor, die Österreich je regierte. Der Anteil der Sitze von SPÖ und ÖVP im Nationalrat liegt erstmals in der Nachkriegsgeschichte der Alpenrepublik unter 60 Prozent und zeigt den Tiefststand der Integrationskraft der beiden ehemals großen Volksparteien an.

Festzuhalten bleibt, dass Österreich durch das Aufkommen des Populismus' Haiderscher Prägung in stürmisches Wetter geraten ist. Die Auswirkungen dieses Phänomens sind bis heute spürbar, haben jedoch die Alpenrepublik nicht abstürzen lassen. Auf internationaler und hier vor allem europäischer Ebene ist Österreich trotz und möglicherweise auch wegen der Aufgeregtheiten in der Folge der Regierungsbildung im Februar 2000 ein verlässlicher Partner geblieben.

Das jahrzehntelang stabil erscheinende Gefüge der österreichischen Demokratie ist aufgebrochen. Die Wähler stehen heute vor mehr Alternativen als vor 25 Jahren. Die Wahl-

kämpfe sind heute stärker von Medien und Persönlichkeiten geprägt, und das Klima der politischen Auseinandersetzung hat sich gewandelt. Ein in der Presse als „Austropopulismus“ verschrieenes Gebaren²⁴⁶ hat auch einen Teil der Politiker der Mitte erfasst. Doch diese Entwicklungen sind keinesfalls dem Erstarken der FPÖ unter Jörg Haider alleine zuzuschreiben. Wohl gelang es ihm, die Themen der Schlagzeilen und Wahlkämpfe entscheidend mitzubestimmen. Das stets im Zusammenhang mit dem Rechtspopulismus diskutierte Thema „Ausländerpolitik“ erfuhr in Österreich zweifellos eine Akzentuierung. Doch das war auch in vielen anderen europäischen Staaten im Zuge der EU-Erweiterung der Fall. Der tatsächliche Einfluss der FPÖ auf die inzwischen europaweit angeglichene Asyl- und Migrationspolitik ist jedoch eher gering einzustufen.

Jedenfalls bedeutet das Ende der Ära Haider, wie bereits angedeutet, kein Ende des Populismus in Österreich. Nicht nur hat der charismatische Teilzeitpartei-vorsitzende ebenfalls schillernde und nicht gänzlich unumstrittene Nachfolger an den Spitzen von FPÖ und BZÖ gefunden;²⁴⁷ auch bei der Betrachtung der anderen Parteien stoßen Kommentatoren sich immer wieder am populistischen Gebaren ihrer exponierten Vertreter.

Insofern hat ein Populismus in Österreich Einzug gehalten, der sich nach der in Kapitel 2 entwickelten Typologie am ehesten als Politikerpopulismus einordnen lässt. Weder hat sich Österreich unter dem Ansturm Haiders zu einer populistischen Diktatur gewandelt; noch waren die von der FPÖ inszenierten Volksbegehren ausreichend, um den Charakter der parlamentarischen Demokratie zu dem einer plebiszitären oder gar identitären zu wandeln. Trotz der immer wiederkehrenden Forderungen nach Umsetzung des „wahren Volkswillens“, welchen Haider zu erkennen sich in der Lage sah, war in den Reihen der FPÖ kein nennenswertes Bestreben zu erkennen, Österreichs Repräsentativverfassung in Frage zu stellen. Die Positionierung Haiders in Bezug auf Themen wie nationale Identität und europäische Integration lassen zudem, ebenso wie der langjährige Kärntner Ortstafelstreit, auf einen reaktionären bzw. reaktionalen Populismus schließen. Jörg Haider könnte, diesem Ansatz entsprechend die Skepsis relevanter Bevölkerungsteile gegenüber der europäischen Einigungsbewegung und der Öffnung der Nationalstaaten in eine stär-

²⁴⁶ Vgl. Reinhard Olt: *Austropopulismus von rechts und links. Gusenbauer lernt von Haider: Hundert Euro Inflationsausgleich für 1,2 Millionen Bezahler*, in: FAZ 07.02.2008, S. 10.

²⁴⁷ Mit dem Europaabgeordneten Hans-Peter Martin feierte bei der Europawahl 2009 ein weiterer Einzelkämpfer mit über 17 Prozent der Wählerstimmen mehr als nur einen Achtungserfolg, der ihn hinter ÖVP und SPÖ zur drittstärksten Kraft machte. Während das BZÖ mit knapp unter fünf Prozent der Stimmen keinen Sitz im EP erringen konnte, entsendet die FPÖ (12,7 %) immerhin zwei Abgeordnete: http://www.elections2009-results.eu/de/austria_de.html (18.06.2009).

ker multilateral geprägte Zukunft als Sprungbrett benutzt haben, ohne selbst die Überzeugungen seiner Wähler teilen zu müssen. Endgültig wird sich diese Frage, ebenso wie die nach seiner ideologischen Verhaftung, kaum klären lassen.

In Bezug auf die im Einleitungskapitel formulierte Frage nach der Wirkmächtigkeit von Populisten in der Regierungsverantwortung ist festzuhalten, dass die nationale Gesetzgebung Österreichs in der Phase der FPÖ-Regierungsbeteiligung keinen einschneidenden Wandel erlebt hat.²⁴⁸ Das lag neben der Dominanz der ÖVP innerhalb der Koalition sicherlich auch in der sowohl personellen als auch konzeptionellen Schwäche der FPÖ-Mannschaft begründet. Obgleich der nominell fast gleichen Stärke der Koalitionspartner, gelang es der ÖVP, eine wesentlich gewichtigere und als staatstragend wahrgenommene Rolle auszufüllen. Dieser Befund ist nur zum Teil damit zu begründen, dass sie das Kanzleramt für sich beanspruchen konnte. Hinzu kamen durch die Einmischung der europäischen Partner als externer Faktor und bürgerliches Engagement als interner Faktor zusätzliche Haltekräfte zum Tragen, die sich einem möglichen Verfall der Qualität des demokratischen Verfassungsstaates erfolgreich in den Weg stellten. Die Institutionen der österreichischen Demokratie blieben durch den Ansturm der Populisten unbeschädigt wenn auch nicht unverändert.

²⁴⁸ Diesen Befund belegt eine eingehende Durchsicht der gesetzgeberischen Tätigkeit des Nationalrates auf <http://www.ris.bka.gv.at/Bundesrecht/> (04.06.2009)